

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr. 30

JUNI 1978

60 Pfg

DGB-KONGRESS FORDERT

35 - STUNDEN - WOCHE OHNE LOHNVERLUST !

ABER: AUF WORTE MÜSSEN TATEN FOLGEN !

35-Stunden-woche bei vollem Lohnausgleich! - Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Versicherungen und Banken! - Eine gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung!

Diese und viele andere konkrete Forderungen verabschiedeten die Delegierten des 11. Ordentlichen Bundeskongresses Ende Mai in Hamburg. Sie vertraten insgesamt über 7,6 Millionen organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte. Diese Beschlüsse, wenn auch unter merkwürdigen Umständen teilweise wieder zurückgenommen, erregten Aufsehen: Sie fanden die lebhafteste Zustimmung unzähliger aktiver Gewerkschafter und erschreckten die Unternehmer bis auf die Knochen.

Der große Wirbel war zustande gekommen, nachdem der Kongreß mit Mehrheit dem entsprechenden Antrag 219 des DGB-Bundesjugendausschusses zugestimmt hatte. Um die Frage der Arbeitszeitverkürzung war auf dem

Kongreß eine Debatte entbrannt. Niemand war grundsätzlich dagegen, aber der Vorstand wehrte sich entschieden gegen eine konkrete, verbindliche Festlegung auf 35 Stunden und ebenso gegen den eindeutigen Zusatz "bei vollem Lohnausgleich."

Etwas ähnliches war schon auf dem letztenjährigen IG-Metall-Kongreß geschehen: Die Delegierten sprachen sich gegen den Widerstand des Vorstandes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus, wie sie auch von einer 8.000köpfigen Belegschaftsversammlung bei Opel Rüsselsheim gefordert wurde.

In Hamburg stimmten nun drei Viertel der Delegierten schließlich dem Antrag 219 zu, der außerdem als weitere zentrale Punkte vorsieht: eine Erhöhung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen, die Schaffung humanerer Arbeitsbedingungen und einen Kampf gegen Rationalisierungsmaßnah-



men, die sich gegen die Arbeitnehmer richten.

Daß sich die Delegierten hier auf eine konkrete Zielsetzung und weniger auf nur unverbindliche Worte festlegen, ist auf jeden Fall ein begrüßenswerter Fortschritt und für viele Kollegen an der Basis wieder ein Grund, um neue Hoffnung zu schöpfen und sich im

tagtäglichen Kleinkampf bestärkt zu sehen.

Aber Kongreßbeschlüsse bleiben so lange nur schöne papierene Absichtserklärungen, solange die Vorstände von DGB und Einzelgewerkschaften nicht den Kampf für ihre praktische Durchsetzung organisieren, koordinieren und mutig anführen.

Weiter Seite 8

Nazi- Provokationen

ZERSCHLAGT DEN FASCHISMUS !

Gewalttätige Banden von Neonazis heben wieder ihre häßlichen Häupter. Ihre schmutzigen Aktivitäten haben in den letzten Monaten serienweise Schlagzeilen gemacht. Sie haben sich dabei nicht nur auf Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen, "Kameradschaftstreffen alter Kämpfer", Saalveranstaltungen und "symbolische Judenverbrennungen" beschränkt. Auf ihr Konto gehen auch ein bewaffneter Überfall auf ein Bivak niederländischer Truppen in Bergen-Hohne vor drei Monaten, bei dem Waffen erbeutet wurden, mehrere hundert von ihnen inszenierte gewalttätige Ausschreitungen im Bundesgebiet, handfeste telefonische Bedrohungen und Zusendung von Briefbomben an bekannte Antifaschisten sowie viele andere Schandtaten !

Welche Patentrezepte haben Liberale gegen die Neonazis ? Der niedersächsische Innenminister Groß (FDP) gab darauf eine typische Antwort: "Schuld an den verstärkten neonazistischen Aktivitäten gab Groß der 'weltweiten Publizität', von der die Rechtsextremisten zu weiteren Taten ermutigt würden, und vor allem dem Kommunismus, der die Bundesrepublik als 'Nazi-verseuchter Staat' zu diffamieren versuche. Solche Agitation finde zuviel Gehör. Die Rechtsextremisten sähen sich in ihrem antikommunistischen Sendungsbewußtsein bestätigt. Groß forderte die Presse auf, über den Rechtsextremismus zurückhaltend zu berichten." (Frankfurter Rundschau 19.4.78)

Also - die verbrecherischen Ak-

tionen der neuen Nazis einfach verschweigen, dann werden sie schon von selbst verschwinden ?!?! Leider haben sich auch führende Sozialdemokraten in ähnlicher Weise geäußert. Diesen Fehler - die Unterschätzung des Faschismus - hat die deutsche Arbeiterbewegung auf Kosten einer ganzen Generation schon einmal gemacht, als die Massenorganisationen der Arbeiter (SPD, KPD und Gewerkschaften) in den 20er und 30er Jahren es versäumten, eine Arbeitereinheitsfront gegen die Hitler-Nazis zu bilden.

Faschismus ist nicht einfach ein autoritäres Regime, sondern bedeutet brutalste Unterdrückung jedes einzelnen, äußerste Ausbeutung der Arbeiterklasse und totale Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen. Der Sieg der Nazis 1933 (ohne daß auch nur eine Fensterscheibe zu Bruch ging !) war eine Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, von der sie sich erst heute, 45 Jahre danach, wieder erholt hat.

Die Nazis konnten nur deshalb eine Massenbewegung hinter sich sammeln, weil die Arbeiterparteien SPD und KPD es immer wieder versäumt haben, einen sozialistischen Ausweg aus der schrecklichen Krise des Kapitalismus aufzuzeigen. Ver-

armte Bauern, bankrotte Kleinhändler, ruinierte Geschäftsleute, verzweifelte Kleinbürger, frustrierte Jugendliche, jahrelang arbeitslose und so aus ihrer Klasse entwurzelte Proletarier - aus diesem nach Millionen zählenden menschlichen Staub konnten die Nazis einen Rammbock formen, der die Hoffnungen der Mehrheit der deutschen Arbeiter auf eine sozialistische Zukunft für eine ganze Generation ausradierte. Damals schuf die kapitalistische Krise

Weiter Seite 8

ARTIKEL ÜBER

Kriegsdienstverweigerer.....S. 3
Inflation.....S. 4
17. Juni 1953.....S. 5
Frankreich.....S. 6
Betriebsratswahlen.....S. 8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen
H. G. Öfinger Nr. 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans - Gerd Öfinger

Druck: Gegendruck, Essen

**FUSSBALL — WM
IN ARGENTINIEN**

Tausende Arbeiter, Bauern und Studenten werden in Argentinien an der Ausübung ihrer elementarsten Grund- und Menschenrechte durch das Terrorregime der Militärs gehindert und unterdrückt.

In diesem Land findet in diesem Monat die Fußball-WM 78 statt; in dem südamerikanischen Land, wo seit 1976 die Armee die Macht hält. Der Kapitalismus fordert für seine Existenz den Preis von 10.000 Ermordeten, 20.000 Verschwundenen und 15.000 politischen Gefangenen in den Kerkern von Argentinien. Die Militärdiktatur des Generalleutnant Videla sichert die innere Ruhe Argentiniens mit gnadenloser Härte und gönnt dabei dem internationalen Kapitalismus eine Atempause.

Das Land hat sich wegen des Baus von Sportstätten usw. enorm verschuldet. Die WM wird mindestens 1,5 Milliarden DM kosten. Sicherlich wird dies die Inflationsrate wieder in astronomische Höhen treiben. Schon zeigen sich die ersten Spannungen innerhalb der Militärjunta - ein Anzeichen für ihren baldigen Sturz.

Millionen Augen werden bei dieser Weltmeisterschaft nach Argentinien blicken, doch nur wenige werden die Lage der argentinischen Arbeiter und Bauern sehen. Doch alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sollten die Gelegenheit nutzen und ihre ungeteilte Solidarität mit dem argentinischen Proletariat bekunden und das mörderische Regime der Militärs öffentlich anprangern.

Für uns Marxisten ist es unerheblich, wo die WM stattfindet - doch wenn sie in Argentinien stattfindet, dann muß auf die Zustände in diesem Land deutlich hingewiesen werden. So hätten zum Beispiel SPD und DGB viel früher - in Zusammenarbeit mit Arbeiterorganisationen aus anderen Ländern - eine intensive und internationale Kampagne um das Thema "Fußball und Folter in Argentinien" starten müssen. Mit einer geschickten Kampagne hätten sie auch Abermillionen Arbeiter ansprechen können. Den Fußballfans ihren Fußball zu stoppen würde sicher sehr viel Ärger hervorrufen, doch jeder aktive Arbeiter versteht was von Unterdrückung. Genaue Beschreibung der Lage für Gewerkschafter und Sozialisten, ein Einblick in die Lage der Arbeiter und Bauern in Argentinien, Zahlen und Fakten über Teuerungsrate, die Löhne und die mangelnden Grundwaren, all das hätte für Arbeiter und Hausfrauen in der BRD Bedeutung gehabt. Man hätte über die finanzielle und wirtschaftliche Verflechtung der westdeutschen Konzerne und Banken berichten und Aktionen in größeren Städten der Bundesrepublik starten können. Auch jetzt noch sollten wir versuchen, durch unsere Juso-AGs und in unseren Gewerkschaften Protestanträge gegen das Militärregime durchzubringen sowie Stellungnahmen von unseren SPD-Ortsvereinen zu verlangen. Denn das Proletariat Argentiniens verdient unsere ungeteilte Solidarität.

**FUSSBALL — JA,
FOLTER — NEIN!**

Post — Paketdienst

**PRIVATKONKURRENZ
BEDROHT ARBEITSPLÄTZE**

Bei der Post sind Arbeitsplätze bedroht - durch eine private Konkurrenzfirma! Vor 2 Jahren gegründet, versucht eine bundesdeutsche Tochter einer US-Gesellschaft auf dem Gebiet der Paketbeförderung die Post auszustechen. "Wie? Paketbeförderung? Das ist doch unrentabel! Damit kann man doch keine Geschäfte machen!", mag mancher sagen. Man kann eben doch!

Die United Parcel Service (UPS) hat nämlich riesige Konkurrenzvorteile. Während die Post alle Pakete von jedem Ort befördern muß - auch einzelne Sendungen, die von Einzelpersonen vielleicht einmal pro Jahr aufgegeben werden - pickt sich die UPS die "Rosinen aus dem Kuchen" heraus. Zwar holt sie die Sendungen direkt vom Kunden ab, aber sie nimmt nur regelmäßige und umfangreiche Aufträge entgegen, wie sie hauptsächlich bei Firmen und Geschäftsleuten vorkommen. Dadurch kann sie ihre Tarife natürlich niedriger halten als die Post.

Wenn sich die UPS durchsetzt, bleiben der Post nur noch die "unrentablen" Strecken übrig. Folge: Ihre Verluste steigen noch mehr. Sie müßte Entlassungen vornehmen und das Porto für Päckchen und Pakete noch weiter erhöhen! In der BRD sind jedoch 80 000 Arbeitsplätze vom Post-Paketdienst abhängig, die alle dadurch bedroht wären. Hinzu kommen weitere Arbeitsplätze in Versandabteilungen von Warenhäusern und anderen Betrieben.

In den USA war die Muttergesellschaft der UPS schon recht "erfolgreich": Sie befördern inzwischen 1,5 mal so viele Pakete wie die dortige Post, die bereits Tausende entlassen hat. Zwar hat die deutsche UPS erst einige Hundert Beschäftigte, doch das kann in den nächsten Jahren rapide anwachsen, mit einem weitaus größeren Verlust an Arbeitsplätzen bei der Post.

Arbeitssetze

Die Angestellten der UPS stehen unter einer enormen Arbeitssetze. Mit Steckkarten, Zeitstudien und Leistungskontrollen beim Beladen der Fahrzeuge und beim Ausfahren der Pakete wird sie ständig höher getrieben.

Häufig haben die Fahrer nicht einmal eine Mittagspause, Überstunden sind an der Tagesordnung. "Wenn du morgens mit 80 Stops (Ablieferungen) rausfährst und hast noch 10 Abholungen dabei, da bist du förmlich gezwungen wie ein Bekloppter zu rasen, auch durch Ortschaften. Die Straßenverkehrsordnung bleibt manchmal auf der Strecke. Abends wirst du dann angemotzt, wenn du Pakete wieder mit "reinbringst" erzählt einer.

Mit allen Tricks versucht die UPS zu verhindern, daß die ÖTV die Kollegen organisiert. Sie sind zur Ableistung von Überstunden verpflichtet. In ihren Arbeitsverträ-

gen sind viele Errungenschaften außer Kraft, die die Postgewerkschaft in der Vergangenheit erkämpft hat. Laut Arbeitsvertrag besteht "Einigkeit zwischen den Vertragspartnern, daß auf das Vertragsverhältnis kein Tarifvertrag Anwendung findet". UPS-Mitarbeiter verdienen meist weniger als Postler. Im Betrieb gibt es keinen Betriebsrat. Man muß nicht - wie in den meisten Betrieben bis heute - bei Krankheit erst am dritten sondern schon am ersten Tag eine ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorlegen und in mehreren Fällen wurden Kollegen, die diese überbrachten, dazu überredet, doch zu arbeiten; das sind nur einige Beispiele von den Verhältnissen, wie sie bei der UPS herrschen.

Gefahren

Der Fall der UPS zeigt die Gefahren, unter denen die Beschäftigten des gesamten öffentlichen Dienstes stehen. Wenn sie sich durchsetzen, werden Tausende bei der Post entlassen und weniger bei der UPS eingestellt - zu viel schlechteren Bedingungen! In anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes gibt es ähnliche Entwicklungen: in der Müllabfuhr, bei der Bundesbahn, in Schulen und Krankenhäusern, wo die Reinigungsarbeiten an private Firmen vergeben werden, beim Verkauf von städtischen Schlachthöfen zurück in private Hände (einst "verstaatlicht", als sie Verluste machten, jetzt wieder Überschüsse produzierend), beim Verkauf von Wäschereien, Gärtnereien und Bauhöfen, überall verschlechtern sich die Bedingungen der Beschäftigten, sinken Löhne und Sozialleistungen, müssen sie im Akkord arbeiten, geht die Qualität der Dienstleistungen zurück und die Preise dafür hoch, wenn "entstaatlicht" wird. Vor allem die CDU/CSU betreibt eifrig die Rückgabe von Teilen des öffentlichen Dienstes in private Hände.

Forderungen

Schon im Herbst letzten Jahres haben 650 Postpaketzusteller in Bremen mit einem Autokonvoi und einer Kundgebung für die Forderung der Deutschen Postgewerkschaft demonstriert, einen gesetzlichen Schutz gegen UPS und andere Privatbetriebe zu schaffen, die auf Kosten der Allgemeinheit Gewinne scheffeln. "Rettet den Postpaketdienst!" war ihre Losung. Sie muß von allen Sozialisten unterstützt werden.

- * Verbot der UPS und ähnlicher Privatfirmen!
- * Für ein Monopol der Bundespost im Paketdienst!
- * Damit die bei der UPS beschäftigten Kollegen nicht arbeitslos werden: Übernahme durch die Bundespost!
- * Keine Reprivatisierung von Gemeineigentum und öffentlicher Dienstleistungen!

Günter Munsch

Bayern

**BERUFS-
VERBOT**

Unter anderem, weil er als SHB-Angehöriger den Orientierungsrahmen 85 der SPD befürwortet, wurde dem SPD-Mitglied Edgar Vögel in Bayern Berufsverbot als Lehrer erteilt. Diese Begründung wurde inzwischen vom Kultusministerium als "Schreibfehler" bezeichnet.

Seit Einführung des "Radikalenerlaß" 1972 - angeblich gegen einzelne Linksextremisten und Chaoten gerichtet - haben Marxisten davor gewarnt, daß diese Bestimmung in naher Zukunft auch viele Sozialdemokraten treffen können. Es ist schon längst so weit, Vögel ist nicht der erste. Aber erst jetzt geht eine Protestwelle größeren Ausmaßes durch die SPD, der sich auch führende Funktionäre (zum Teil sehr lautstark) anschließen.

Jedoch: Werden sie auch entsprechend handeln?

Die Arbeiterbewegung mußte zu allen Zeiten unter Verfolgungen leiden. Berufsverbote sind nicht erst sechs Jahre alt. Vor allem im Betrieb waren seit Jahrzehnten gewerkschaftliche Aktivisten und kämpferische Betriebsräte von Rausschmissen betroffen. Warum also extra einen "Radikalenerlaß" schaffen? Da gibt es nur eine Antwort: Die herrschende Klasse hat Angst vor der deutschen Arbeiterbewegung, die in der Krise und in den Klassenkämpfen der kommenden Jahre wieder an ihre alten Traditionen anknüpfen könnte. Deshalb will sie einen "gesäuberten" Staatsapparat, auf dessen Rückhalt sie notfalls vertrauen kann. Deshalb versucht sie mit Hilfe des "Berufsverbots" tausende kritischer Jugendlicher schon von vornherein zum Schweigen zu bringen. Aber durch Gesetze und Erlasse auf Papier lassen sich keine Klassenkämpfe aufhalten, wie die Streikbewegungen der letzten Monate beweisen.

Willy Brandt hat seine frühere Unterschrift unter den Radikalenerlaß als "schwerwiegenden Irrtum" bezeichnet. Welche Konsequenzen gedenkt er daraus zu ziehen?

In einer Klassengesellschaft wird es immer Berufsverbote aller Art geben. Berufsverbote werden erst in einer klassenlosen Gesellschaft für immer verschwunden sein, wo jedem Meinungsfreiheit endgültig garantiert sein wird. Ohne eine solche Perspektive wird der Kampf gegen Berufsverbote zu keinem grundsätzlichen Erfolg führen.

- * SOFORTIGE EINSTELLUNG VON EDGAR VÖGEL!
- * EINSTELLUNG ALLER BISHERIGEN BERUFSVERBOTSOFFER!
- * WEG MIT DEM RADIKALENERLASS!

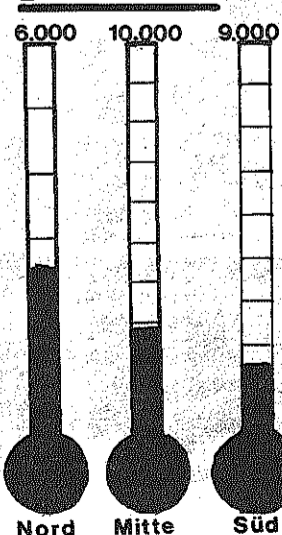
Leonie Fichte

Kampffonds

Nicht allzu reichlich flossen im vergangenen Monat die Spenden für unseren Kampffonds. Und das, obwohl sich VORAN bei den Maidemonstrationen landauf landab sehr gut verkaufte und wir zum erstenmal in vielen Städten buchstäblich ausverkauft waren. Offensichtlich haben unsere VORAN-Verkäufer zwar guten Absatz gefunden, sind aber beim Spendensammeln wenig offensiv vorgegangen.

Das bisherige Nord-Süd-Gefälle hat sich diesmal genau umgekehrt, die Kollegen und Genossen aus dem Süden haben sich seit dem Aufruf in der letzten VORAN nicht lumpen lassen und einiges zusammengetragen. Statt dessen ist der Norden in diesem Monat stark ins Hintertreffen geraten. Den Löwenanteil haben Genossen und Kollegen aus dem Raum Nordrhein-Westfalen und Nordhessen aufgebracht. Aktive Jusos aus dem Bezirk Nordhessen haben eine Summe von insgesamt 332 DM zusammengebracht und überwiesen. Aus Erlangen traf eine Spende von einer Praktikantin in Höhe von 200,- DM ein. Ein Familienvater aus dem Kreis Unna überwies 50,- DM. Alles in allem haben wir jetzt einen Stand von 6493,45 DM seit Jahresbeginn erreicht. Der Eingang von rund 700,- DM zwischen Mitte April und Mitte Mai liegt deutlich unter dem Aufkommen der ersten Monate. Hier ist jeder aufgefordert, erneut zuzu-

ZIEL FÜR 1978



packen und seine Phantasie spielen zu lassen damit sich unser Aufkommen wieder erhöht und wir unsere Ziele erreichen können.

Wir sind noch eine schwache Stimme in der Arbeiterbewegung, aber wer kann uns eine entschlossenere, konsequentere, komprom-

MEHR IST NÖTIG!

mißlosere Zeitung nennen als VORAN, wenn es um die gesamten Interessen der arbeitenden Bevölkerung geht?

Eine, die da keine "pragmatischen" Abstriche macht? Eine, die ein klares marxistisches Programm hat? Eine, die nicht vor lauter "kurz- und mittelfristigen" Forderungen auf dem Boden einer mehr und mehr zerrütteten kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Ziel aus den Augen verliert?

Eine solche Zeitung wollen wir mit VORAN auf- und ausbauen. Jeder Sozialist wird das ehrliche Bemühen darum nach einem Blick in die Zeitung schnell erkennen und sicher auch zu einer Spende bereit sein. Wir wollen nicht erst in 100 oder 200 Jahren, sondern jetzt für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen. Wir sind uns sicher, daß bereits heute viele aktive Gewerkschafter ebenfalls eine andere, demokratisch geplante Wirtschaftsordnung auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln wollen - dies zeigte uns nicht zuletzt der DGB-Kongreß. Jede Mark und jeder Pfennig sind für diese Ziele bei uns gut angelegt.

INVESTIERT IN DIE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT! SPENDET FÜR VORAN!

Angela Bankert
Remscheid

LEHRSTÜCK FÜR DIE SPD

Der folgende Artikel konnte aus Platzmangel in vorigen Ausgaben leider nicht veröffentlicht werden. Wenn wir ihn trotzdem bringen, so nicht aus aktuellem Anlaß, sondern, weil er grundsätzliche Lehren für alle Sozialdemokraten enthält. Der Sieg des Koop-Volksbegehrens zeigt beispielhaft, wie das schrittweise Zurückweichen von früheren Reformzielen zu Niederlagen führt und wie ohne Mobilisierung der Arbeiterklasse selbst halbherzige Reformen undurchführbar sind.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen (NRW) jubelte. Die SPD-Führung sprach von einer Niederlage. Was war geschehen? Nach einer im Sommer 77 laufenden demagogischen Kampagne konnte die "Bürgeraktion Volksbegehren gegen die Kooperative Schule" fast 30% aller Wahlberechtigten dazu mobilisieren, sich in die Unterschriftenlisten einzutragen.

KOOP-Schule

Was war die Koop-Schule? Es ging um die Einführung einer äußerst bescheidenen Schulform. In einigen Gebieten, in denen die Schulbevölkerung zurückgeht, hätten "kooperative Schulzentren" eingerichtet werden können (falls der Schulträger das wünschte), welche die drei Schultypen (Haupt-, Real- und Realschulen) unter einem Dach vereinigt hätten, jedoch organisatorisch und schulisch voneinander getrennt. Statt einen Schritt auf das alte SPD-Ziel einer integrierten Gesamtschule hin darzustellen, hätten die Koopschulen eher zur Aufrechterhaltung des alten dreigliedrigen Schulsystems beigetragen. Der Reformwille der SPD von 1969 auf dem Gebiet der Bildungspolitik war ohnehin vorbei!

Die ca. 30 in NRW bereits bestehenden Gesamtschulen stagnieren schon seit Jahren. Sie waren weit davon entfernt, endlich die erhoffte Chancengleichheit herbeizuführen. In mehreren Jahren leiden sie unter Lehrermangel, Stundenausfall, Streichungen der Finanzmittel, Schließung von Schulumständen und bremsenden Erlässen aus Düsseldorf, welche die Lehrplanreform hemmen, wenn sie nicht gar unmöglich machen. Auf eine Weiterentwicklung der Schulversuche im Interesse der Mehrheit wurde also verzichtet. Dafür versuchte der NRW-Kultusminister Girgensohn (SPD), als Alibi und wertlosen Ersatz die Idee der Koop-Schule durchzusetzen.

Sozialisten traten anfangs für die vollständige Einführung der integrierten Gesamtschulen und gegen die Reduzierung auf Koop-Schulen ein. Die CDU schmeckte bald



Blut und als sie die Schwäche der SPD entdeckte, setzte sie alles daran, auch noch die Koop-Schulen auszusradieren. Als Sozialisten setzten wir uns deshalb entschieden gegen das Volksbegehren ein, obwohl wir grundsätzliche Kritik an den Koop-Schulen haben, sie nicht für ausreichend halten und uns weiterhin für die alten Reformziele einsetzen.

Kampagne der Rechten

Diese Einstellung kam aber in der Öffentlichkeit kaum zum Ausdruck. Weder kritische noch unkritische Verfechter der Koop-Schule kamen zu Wort. Alle Propaganda kam von rechts.

An Geldern mangelte es den Verfechtern des Volksbegehrens nicht. Ihr Propagandamaterial auf Glanzpapier kostete schätzungsweise 800 000 DM. So gut wie alle Lokalzeitungen waren mit Anzeigen gefüllt. Unzählige reaktionäre Verbände und solche, die extra für die "Aktion" ins Leben gerufen waren, wohl bald aber wieder verschwinden werden, hatten sich zu einer gemeinsamen Front zusammengeschlossen.

Ihre Propaganda-Parolen klangen beim ersten Anhören "links", "Gemeinsam sind wir stark", "Gegen kinderfeindliche Schulorganisation", "Geschlossene Front gegen Koopschule" und dergleichen las man. Werbemittel wurden eingesetzt, die als "Manipulation von Minderjährigen" verschrien würden,

wenn Linke diese praktizierten: Grundschüler bekamen pfliffige Aufkleber von den lieben Eltern auf die Ranzen geklebt, Schulklassen verteilten Flugblätter in Fußgängerzonen.

Einige, wohlbekleidete Damen der "Aktion" durchdrangen im Kreis Unna, Westfalen mit Leichtigkeit die sonst schier unüberwindlichen Barrieren außerhalb der Besuchszeiten im katholischen Krankenhaus (unüberwindlich für Ehepartner und Verwandte) und durften auf der Entbindungsstation junge Mütter für die "Aktion" anwerben. Mit Hetz-, Haß- und Schreckensparolen versetzten sie die Frauen in Angst, als sie von einer Schulentwicklung wie "drüben", "wie im heutigen Schlesien" erzählten und beschrieben, wie "kommunistische Lehrer in Koop-Schulen freien Lauf" hätten und "unkontrolliert ihr Unwesen treiben" könnten. "Denken sie doch an ihr Baby! Wollen sie, daß es eines Tages...?" usw.

SPD ohne Antwort

Die SPD verschlief es vollkommen, eine klare Antwort auf diese Kampagne zu geben. Die Führung gab Anweisung an die Mitgliedschaft leise zu treten, "um nicht noch mehr Interesse für das Volksbegehren zu wecken". Genossen sollten höchstens zu öffentlichen Versammlungen der Gegner gehen, die sowieso stattfänden, um "sachliche Gegenargumente" vorzubringen. Auf Anforderung würde die SPD-Zentrale sogar Argumentationshilfen zur Verfügung stellen. Auf eine eigene kämpferische Kampagne zur Verteidigung gegen diese reaktionären Angriffe wurde total verzichtet. Mitglieder, Anhänger und Wähler bekamen während der ganzen Monate von ihrer Partei nichts zu hören. Kein Wunder, daß sie sehr bald demoralisiert und verwirrt wurden. Auch der DGB und die Lehrergewerkschaft GEW begnügten sich mit halbherzigen "Stellungnahmen" von oben. Nur so ist es zu erklären, daß die Aktion fast 30% für sich, hauptsächlich CDU-Anhänger, an die Urnen schleifte.

Trotzdem sprachen sich noch zwei Wochen vor Ende des Begehrens bei einer Umfrage zwei Drittel für Koop-Schulen aus! Wie hoch wäre die Unterstützung wohl erst gewesen, wenn die Massenorganisationen der Arbeiter, SPD und DGB, mit einer kämpfer-

isch geführten Gegenkampagne für die Schulreform gekontert hätten!

Notwendige Offensive

Umso unverständlicher muß es für alle SPD-Mitglieder sein, daß Girgensohn und die NRW-Landesregierung nach Bekanntgabe des Ergebnisses sofort und bedingungslos kapitulierten, und alle zukünftigen Bemühungen für eine Schulreform damit praktisch in den Wind schrieben! Schließlich sind doch 30% immer noch eine Minderheit der Wahlberechtigten, oder? Haben die SPD-Minister und -Vorstände denn überhaupt kein Vertrauen in ihre Basis und in ihr Wählerpotential? Wollen sie damit den Bankrott aller Reformpolitik zugeben?

Marxisten werden deshalb ihren Kampf um jede, sei es auch nur die kleinste Verbesserung nicht aufgeben. Eine integrierte Gesamtschule innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft wäre zwar ein kleiner Schritt nach vorne, würde aber für Millionen Arbeiterkinder trotzdem keine totale Chancengleichheit gewährleisten. Die Bosse wissen, daß sie sowieso das letzte Wort haben, wenn es um Einstellen und Entlassen, Befördern und Rückstufen geht. Sie wissen, daß sie ihren Nachwuchs weiterhin ruhig auf private Eliteschulen schicken können. Deswegen kämpfen in Ländern wie Skandinavien und England (wo Gesamtschulen existieren) nur noch die verbittertesten Vertreter der Elite dagegen.

Die SPD darf sich keinesfalls damit zufriedengeben, die bestehende Schulmisere zu verwalten. Das Koop-Debakel unterstreicht noch einmal unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit eines konsequenten Programms für die SPD gegen den Kapitalismus und einer Führung, die für ein solches Programm auch offensiv mobilisiert. Falls die SPD dabei bleibt, der Krise des Kapitalismus notwendige Reformen zu opfern, die Defizite der öffentlichen Haushalte durch Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich auszugleichen, steht ihr bei den Landtagswahlen 1980 eine katastrophale Niederlage ins Haus. Welches SPD-Mitglied wünscht sich die?

Terry Moston
Mitglied der GEW

Kriegsdienstverweigerung

Seit Monaten schon stehen die Zivilenstandleistenden (ZDL) im Blickpunkt des Interesses. Die Selbstorganisation der ZDL hat schon mehrmals zu bundesweiten und lokalen Aktionen auf. In vielen größeren Städten kam es zu Demonstrationen. Am 27. Januar dieses Jahres waren ZDL durch ihre Organisationen sogar zum Streik aufgerufen.

In Stuttgart gingen etwa 400 der 800 ZDL auf die Straße. Alle hatten sie mit schwersten Disziplinarstrafen zu rechnen: Kürzung des Lohns oder sogar Inhaftierung! Doch alle Demonstrationen und Einschüchterungsversuche konnten eine hohe Beteiligung nicht verhindern. Wie aus dem Bundesamt für Zivildienst (BVG) zu hören war, wollte man wegen der großen Zahl der Teilnehmer von einer schweren Strafung absehen. Andererseits sind mehr als 2 000 Disziplinarverfahren in Gang gesetzt worden. Was war geschehen?

BVG-Urteil

Am 1. August letzten Jahres trat eine von SPD-FDP Koalition beschlossene Wehrdienstnovelle (neues Gesetz) in Kraft, die die gesetzliche Befragung eines Kriegsdienstverweigerers abschaffte und erstmals zuließ, daß jeder Jugendliche frei zwischen Bundeswehr und Zivildienst wählen kann.

Doch bereits am 15. Dezember 1977 urteilte das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe diese Novelle mittels einer einstweiligen Verfügung außer Kraft. Die CDU/CSU hatte dagegen geklagt. Der Grund: Die Anzahl der Verweigerungen sei "bedrohlich" angestiegen. Kürzlich hat das BVG die einstweilige Verfügung durch ein Urteil bestätigt gemacht.

Untertanen

Obwohl momentan nur jeder zweite Wehrpflichtige zur Bundeswehr eingezogen werden kann und garnicht genug Plätze vorhanden sind, um alle aufzunehmen, fingen die Reaktionen an zu lamentieren, daß die Verteidigungsbereitschaft nicht mehr gewährleistet ist. Der wahre Grund dürfte darin liegen, daß die große Zahl an ZDL nicht mehr der direkten und unmittelbaren Kontrolle und Manipu-

FÜR EINE FREIE ENTSCHEIDUNG!

lation durch den Staat unterliegen. Die Bundeswehr als "Schule der Nation" ist die letzte staatliche Einrichtung, die nach Kindergarten, Schule und Hochschule junge Menschen zu angepassten Untertanen und Duckmäusern zurechtzuschleifen soll. Ehemalige Bundeswehrsoldaten sind in der freien Wirtschaft (wie auch im Staatsdienst) gern gesehene Arbeitskräfte, die dem kapitalistischen System voll angepasst sind, da es sich auch in der Bundeswehr widerspiegelt. Ehemalige ZDL haben erhebliche Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden.

Gerichte der Herrschenden

Das Urteil des BVG zeigt erneut, woran wir sind, wenn wir uns bei der Verteidigung von Grundrechten auf einige Richtersprüche verlassen. Die Herrschenden suchen mehr und mehr Zuflucht in Karlsruhe, wenn es darum geht, auch noch so kleine soziale Fortschritte (wie z. B. die Mitbestimmung) zu verhindern. Mit welcher Berechtigung können eigentlich sieben praxis- und lebensferne Juristen über das Schicksal von Hunderttausenden Jugendlichen bestimmen?

Verschärfung

Mit der Wiedereinführung des "Gewissens-TUV" ist das dicke Ende für Jugendliche noch nicht in Sicht. Das Urteil des BVG will das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung zum Ausnahmerecht erklären. Es deutet an, man könne den Zivildienst auf 24 Monate verlängern (die Wehrpflicht beträgt für Nicht-KDV nur 15 Monate!). Im Bundesamt für Zivildienst, dessen Leiter Hans Iven SPD-Mitglied ist, plant man weiter Vorhaben, die den Zivildienst zu einer "lästigen" Alternative machen sollen. Als Maßnahmen wurden bereits genannt:

- * Kasernierung der ZDLs
- * Verlängerung des Zivildienstes (bis zu 24 Monaten!)
- * Versetzung der ZDLs in heimatferne Dienststellen
- * Abschaffung der Möglichkeit, sich selbst eine Dienststelle auszuwählen

- * ZDL sollen auch bei Forst- und Wegearbeiten eingesetzt werden können.
- * Laut Iven wird 1985 möglicherweise auch Dienstpflicht für Frauen eingeführt.

Damit sollen junge Leute abgeschreckt werden. "Echte" und "unechte" Gewissen sollen dadurch getrennt werden. Eine weitere Abschreckung: im CSU-regierten Bayern gilt Kriegsdienstverweigerung in zwischen schon als Grund, Berufsverbot zu erteilen. Es gibt dort einen Fall, wo ein Bewerber für den öffentlichen Dienst abgelehnt wurde, weil er nicht bereit war, Waffen zu tragen.

Die oben genannten Maßnahmen heißen, daß ZDL in erster Linie für die wirtschaftliche Bedarfsplanung eingesetzt werden sollen, an einem Tag zur Pflege einer alten Frau, am nächsten Tag zum Anlegen eines Waldweges. ZDL sollen immer mehr die Rolle einer billigen Feuerwehr im Sozialbereich



Ersatzdienstler beim Einsatz



Wehrdienstgegner-Demonstration

spielen und Aufgaben übernehmen, die der Staat abbaut, der die aus der kapitalistischen Krise entstandenen Defizite auf die Arbeiter abwälzt und die Unternehmer subventioniert.

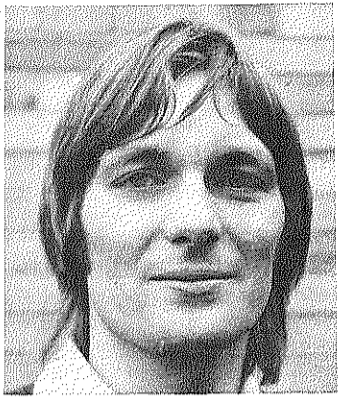
Billige Arbeitskräfte

Mancher könnte sagen: "Arbeit in Krankenhäusern, Kindergärten, Behindertenheimen und in der Altenpflege sind doch ganz nützlich, warum sollen die ZDL also nicht dem Gemeinwohl dienen?" Als Sozialisten sind

wir natürlich nicht gegen die Pflege der Bedürftigen - im Gegenteil! Als ZDL müssen wir - ohne Ausbildung - oft die Arbeit von Fachkräften machen: Psychologen, Pädagogen, Krankenpfleger, Altenbetreuer, Krankengymnasten. Bezahlt werden wir nur wie billigste Hilfskräfte mit 200 DM pro Monat. Das ist nicht nur für uns ein elendes Dasein, sondern wir nehmen auch besser bezahlten Fachkräften die Arbeitsplätze weg. Wir haben nicht einmal die grundlegendsten politischen und gewerkschaftlichen Rechte. Kasernierte ZDL mit 24 monatiger Dienstzeit und beweglichem Einsatz wären ein riesiges und billiges Arbeitskräfteheer von jungen und starken Männern (und Frauen ab 1985?), die man jederzeit billigst und total rechtlos zu allen möglichen Arbeiten einsetzen könnte - auch zum Streikbruch! Zivildienst wäre nichts anderes als Arbeitsdienst! Jeden aktiven Gewerkschafter muß diese Entwicklung alarmieren. Der Widerstand gegen die Pläne wächst.

Eine Versuchskaserne für ZDL in Castrop-Rauxel ist im Anfangsstadium steckengeblieben, weil sich die dortigen ZDL einfach geweigert haben, in der Kaserne zu arbeiten. Gewerkschaften und SPD sind aufgerufen allen Bestrebungen in diese Richtung an der Seite der ZDL entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Dieter Affeln
Erhard Schroll (Zivildienstleistende)



von Joachim Heuck

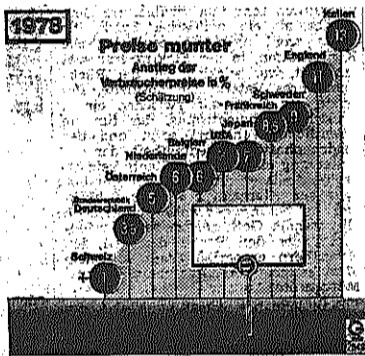
WIE ENTSTEHEN

Sind die Arbeiter schuld ? Das Märchen von der Lohn - Preis - Spirale

In dieser und in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung veröffentlichen wir in zwei Teilen einen Artikel über die wirklichen Ursachen der Inflation. Damit wollen wir allen Kollegen und Genossen in verständlicher Form Argumente liefern, mit deren Hilfe sie der Lüge von der "Lohn-Preis-Spirale" entgegenzutreten können.

Zweimal im Verlauf der letzten 60 Jahre ist in Deutschland durch Inflation unvorstellbare Not hervorgerufen worden. Aber für Sozialisten und aktive Gewerkschafter ist es wichtig, Inflation nicht nur aus geschichtlichen Gründen zu verstehen.

Die Unternehmer und ihre Presse machen sich nämlich die Furcht vor der Inflation zunutze, indem sie laufend Lohnzurückhaltung predigen. Durch das Märchen von der "Lohn-Preis-Spirale" versuchen sie, Arbeitern und Gewerkschaften die Schuld an Preissteigerungen in die Schuhe zu schieben.



Es gibt zunächst einmal einige ganz einfache Argumente, die Sozialisten verwenden können, um den Klassencharakter des Märchens von der Schuld der Arbeiter an der Inflation offenzulegen. Wir können z. B. fragen, warum gerade in den Ländern mit den höchsten Inflationsraten (Chile und Argentinien) die Gewerkschaften zerschlagen wurden und heute unterdrückt und verboten sind, in denen die Löhne brutal gekürzt wurden und dadurch Millionen Arbeiterfamilien in Not und Elend leben müssen. Oder wir könnten fragen, warum bei unterschiedlichen Firmen ganz ähnliche Preissteigerungen zu verzeichnen sind, wo doch der Anteil der Lohnkosten an den gesamten Betriebskosten zwischen z. B. 10% oder 50% (oder mehr) schwanken kann.

Solche Argumente sind eindrucksvoll und nützlich. Aber um die Behauptung, steigende Löhne müssten zu steigenden Preisen führen, vollständig und überzeugend entlarven und zurückweisen zu können, müssen Sozialisten die tatsächliche Struktur und die Gesetze des kapitalistischen Systems verstehen! Inflation bedeutet steigende Preise; deshalb untersuchen wir zuerst, was Preise sind und wie sie zustande kommen.

1. PREISE

Die Theorie von Angebot und Nachfrage kann erklären, warum Obst im Winter teurer ist als im Sommer, aber nicht, warum sogar die teuersten Apfelsinen auf jeden Fall weniger kosten als Autos. Denn obwohl Preise je nach den Schwankungen von Angebot und Nachfrage sehr unterschiedlich sein können, sind solche Schwankungen doch nur Abweichungen von einem Mittelpreis, der von den Produktionskosten bestimmt wird. Aber woraus setzen sich diese Produktionskosten zusammen, die ihrerseits die Preise bestimmen? Was kostet es z. B. ein Haus zu bauen? Die Kosten setzen sich zusammen aus den Kosten für Mörtel, Zement, Ziegelsteine, Nägel, Holz, Glas sowie Maurer, Zimmerleute, Dachdecker usw. Was aber bestimmt wiederum die Kosten für all diese Einzelbestandteile? Wir nehmen ein Beispiel: die Kosten für Ziegelsteine lassen sich zurückführen auf die Kosten für die Rohmaterialien, Abschreibung auf die Ziegeleianlagen (Wertminderung, Abnutzung) und die Löhne der Ziegeleiarbeiter. Nun wurden jedoch die Rohmaterialien von menschlicher Arbeit bearbeitet, die Maschinen und Gebäude der Ziegelei wurden ebenfalls durch menschliche Arbeit hergestellt. Um

aber die Ergebnisse menschlicher Arbeit tauschbar zu machen (z. B. Ziegelsteine gegen Nägel) müssen sie wertgleich sein. Niemand würde einen Kugelschreiber gegen einen Farbfernseher tauschen. Nur wertgleiche Waren sind tauschbar. Was bestimmt aber den Wert? Menschliche Arbeitskraft, die während einer bestimmten Zeit in die Produktion einer Ware investiert wird. Da es geschickte und ungeschickte Arbeiter gibt, ist hier die Arbeitszeit gemeint, die im Durchschnitt in einer Wirtschaft für die Herstellung einer Ware benötigt wird. Somit könnten alle Kosten letztlich auf Arbeitszeit zurückgeführt werden. Alle Maschinen, Rohmaterialien usw. sind das Ergebnis der Anstrengungen der Arbeiterklasse. Arbeitszeit ist deshalb die einzige gemeinsame Grundlage (gemeinsamer Nenner) auf der die wirklichen Preise verschiedener Waren verglichen werden können.

gemeinsame Grundlage (gemeinsamer Nenner), auf der die wirklichen Preise verschiedener Waren verglichen werden können. Wir wissen jetzt, daß die Produktionskosten jeder Ware, die in der kapitalistischen Gesellschaft produziert wird, von der Arbeitszeit abhängen, die für die Herstellung dieser Ware insgesamt notwendig ist. Unterschiedliche Preise sind daher das Ergebnis unterschiedlicher Mengen von Arbeitszeit, die (im gesellschaftlichen Durchschnitt) notwendig sind, um verschiedene Produkte herzustellen.

Damit ist grundsätzlich die Frage beantwortet, was Preise sind; aber das allein hilft uns Sozialisten noch nicht, der kapitalistischen Presse entgegenzutreten. Sie und auch die Anhänger des Kapitalismus auf dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung könnten sogar das Argument von Marx, daß aller produzierte Reichtum von Arbeit herrührt (und daß der Wert solchen Reichtums deshalb durch die eingeflossene Arbeitszeit bestimmt wird), zur Bestätigung ihres eigenen Arguments mißbrauchen: daß nämlich die Arbeiter, indem sie höhere Löhne erkämpfen, nur die Arbeitskosten erhöhen, so daß sich alle Kosten erhöhen und somit die Preise steigen. Ein dummes Argument? - Natürlich. Aber trotzdem ein häufig benutztes Argument, und deshalb müssen alle Sozialisten in der Lage sein, es zu widerlegen. In Großbritannien machte der frühere Premierminister (Labour Party), Harold Wilson, dieses Argument immerhin zu seinem wichtigsten politischen Schlagwort (zur Rechtfertigung seiner Lohnbeschränkungsmaßnahmen) "Des einen Lohnhöhung ist des anderen Preiserhöhung."

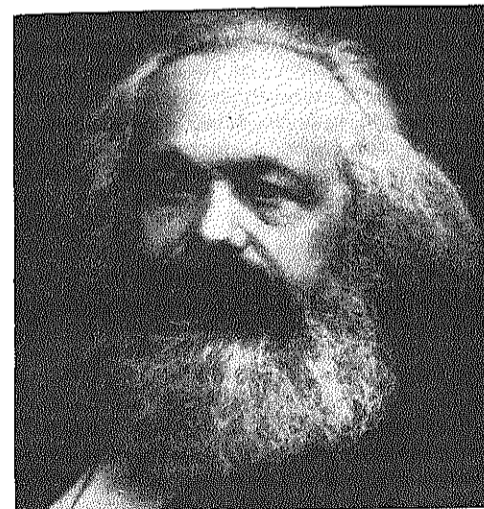
2. LÖHNE UND PROFITE

Wie alle rechten Argumente, läßt auch dieses die wirkliche Beschaffenheit des Kapitalismus völlig außer Acht: die Tatsache, daß das Bestehen und Funktionieren dieses Systems von einer winzigen Kapitalistenklasse abhängt, die die Produktionsmittel besitzt, während die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, nur leben kann, indem sie ihre Arbeitskraft verkauft. Arbeitskraft ist die Fähigkeit zu arbeiten, ganz egal, ob in Form von Handarbeit oder sogenannter Kopfarbeit. Nun benötigt aber jeder Arbeiter Produktionsmittel. Sogar der Steinzeitmensch brauchte Produktionsmittel wie Speere oder Feuersteine, bevor er arbeiten konnte. Im Kapitalismus sind die Produktionsmittel in den alleinigen Besitz der Unternehmerklasse gelangt. Das bedeutet, daß dem Arbeiter keine andere Wahl bleibt, als für einen Kapitalisten zu arbeiten. Dieser bezahlt jedoch nicht den Wert der ganzen vom Arbeiter geleisteten Arbeit, sondern nur soviel, wie der Arbeiter und seine Familie zum Leben brauchen. Was der Kapitalist bezahlt, ist nur die Arbeitskraft (d. h. die Fähigkeit zu arbeiten, Muskeln oder Intelligenz auf die Produktionsmittel anzuwenden); das Ergebnis, das Produkt der auf die Produktionsmittel angewandten Arbeit, gehört dem Kapitalisten. Auf welche Weise erzielt der Kapitalist seinen Profit? Ein Beispiel macht das klar: Nehmen wir an, ein Kapitalist will Waren produzieren. Er muß zuerst Rohmaterialien im Wert von 1000 DM einkaufen (z. B. Metallblöcke), er muß Maschinen einkaufen, die z. B. 2000 DM kosten, und er muß einen Arbeiter einstellen, der 2000 DM Monatslohn erhält.

Nach einem Monat sind die Waren fertig (z. B. Schrauben und Muttern). Das Rohmaterial ist verbraucht und die Maschinen sind zerschossen. Der Kapitalist, der ursprünglich nur 5000 DM (2000 Lohn, 2000 Maschinen, 1000 Rohmaterial) investiert hat, verkauft die produzierten Waren für 8000 DM. Er hat einen Profit von 3000 DM gemacht. Wie ist er zustande gekommen? Wie wurde aus einem Wert von 5000 DM plötzlich 8000 DM? Im Produktionsprozeß wurde durch die Arbeitskraft der Wert der Rohstoffe (1000 DM) auf das Endprodukt übertragen. Die Maschinen sind zerschossen: ihr Wert ging in das Endprodukt über. Der Wert der Arbeitskraft betrug 2000 DM, d. h. so viel Geld war notwendig, um die verschlissene Arbeitskraft des Arbeiters (der ja Hunger und Durst kriegt und andere Bedürfnisse hat) wiederherzustellen, indem er sich Lebensmittel usw. kauft. Die im Arbeitsprozess verschlissene Arbeitskraft (2000 DM) wurde ebenfalls auf das Endprodukt übertragen. Insgesamt wurden also bisher 5000 DM auf das Endprodukt übertragen. Wo kommen nun die 3000 DM Profit her? Mit Hilfe der Arbeitskraft hat der Arbeiter nicht nur die Werte der Ausgangsmaterialien auf das Endprodukt übertragen, sondern er hat gleichzeitig auch einen neuen zusätzlichen Wert geschaffen, der ebenfalls auf das Endprodukt überging. Arbeitskraft kann Werte nicht nur erhalten und übertragen, sondern auch neue schaffen. In unserem Beispiel hat der Arbeiter einen "Mehrwert" von 3000 DM geschaffen, wie Marxisten es bezeichnen.

Ausbeutung

Der Arbeiter bekommt aber die 3000 DM neugeschaffenen Wert nicht ausbezahlt. Der Kapitalist hat die Arbeitskraft des Arbeiters gekauft; der Arbeiter muß dafür in der vereinbarten Zeit (normalerweise 40 Stunden wöchentlich) in der Fabrik des Kapitalisten arbeiten. Wofür er seinen Lohn erhält, ist die Fähigkeit, solche Arbeit überhaupt ausführen zu können (d. h. seine Arbeitskraft) - und die hat er verkauft, noch bevor er die Fabrik betritt. Seine Fähigkeit zu arbeiten ist davon abhängig, daß der Arbeiter körperlich und geistig gesund ist, daß er Geld genug für Essen und Wohnung einerseits und für die Erhaltung seiner Familie andererseits hat, damit dem Kapitalismus auch in der nächsten Generation genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.



Auch wenn also der Arbeiter durch seine Arbeit 3000 DM Neuwert schafft (oder sogar 10 000 oder 50 000 DM), wird er nur so viel Lohn erhalten, wie dem Wert seiner Arbeitskraft entspricht. Der Wert der Arbeitskraft errechnet sich wie der Wert jeder anderen Ware (im Kapitalismus wird auch die menschliche Arbeitskraft als Ware behandelt!): er ist abhängig von der Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, die in der Produktion derjenigen Güter enthalten ist, die der Arbeiter und seine Familie zum Leben brauchen. Der Monatslohn eines deutschen Facharbeiters dürfte ungefähr 2000 DM betragen (wir nehmen jedenfalls 2000 DM einmal als Beispiel), gleichgültig ob seine Arbeitskraft nun 3000, 10 000 oder gar 100 000 DM an zusätzlichem Wert für den Kapitalisten schafft. Dieser zusätzliche Wert wird vom Kapitalisten eingesteckt. Auf diese Weise wird der Profit erzielt. Marxisten bezeichnen diesen Vorgang als Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter. Was hat nun die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse mit dem Problem der In-

flation zu tun? In unserem Beispiel beträgt der Arbeitslohn (Wert der Arbeitskraft) 2000 DM; der Profit des Kapitalisten 3000 DM. Nehmen wir an, die "gierigen" Arbeiter schaffen es, eine Lohnerhöhung auf 2500 DM im Monat durchzusetzen. Es ist klar, daß die Arbeiter weiterhin ein monatliches Produkt herstellen, das für 8000 DM verkauft wird - die Lohnerhöhung hat keinerlei Auswirkung auf den Preis des Produkts. Aber, wenn alle anderen Kosten gleichbleiben, woher kommen die zusätzlichen 500 DM pro Monat in der Lohntüte der Arbeiter? Sie gehen natürlich vom Profit ab. Wenn der Kapitalist vorher 3000 DM Profit pro Monat und Arbeiter gemacht hat, kann er nach dieser Lohnerhöhung von 500 DM nur noch 2500 DM für sich abzweigen. Also kann eine allgemeine Lohnerhöhung eine allgemeine Profitminderung hervorrufen, nicht aber eine allgemeine Preissteigerung. Die Kapitalisten und ihre Interessenvertreter in den Massenmedien sind absolut nicht daran interessiert - wie sie immer vorgeben -, die Konsumenten vor den "gierigen" Arbeitern zu schützen, wenn sie Lohnerhöhungen verweigern. Ihre einzige Sorge dabei ist ihr eigener Profit.

Monopole

Um diesen Punkt vollends abzusichern, müssen wir noch das weitverbreitete Argument widerlegen, daß heute mit dem Ende echter Konkurrenz und mit der Beherrschung der Märkte durch Monopole (oder genauer: kleine Gruppen riesiger Firmen, die versuchen, als Quasi-Monopole zu handeln, indem sie Preise absprechen usw.) Lohnerhöhungen einfach als Preissteigerungen an die Verbraucher weitergegeben werden könnten. Zwei Hauptpunkte beweisen, daß diese Behauptung nicht stichhaltig ist.

Erstens: Zwar hat der Monopolkapitalismus die Konkurrenz innerhalb der führenden kapitalistischen Länder weitgehend abgeschafft, aber selbst die größten Monopole brauchen noch immer (oder vielleicht mehr denn je) den Rückhalt des Staates - sowohl gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land wie auch weltweit zum Schutz ihrer (Auslands-) Investitionen. Das heißt, daß der Monopolkapitalismus in konkurrierende nationale Kapitale aufgespalten ist und daß kein Großkonzern - nicht einmal auf dem nationalen Markt - seine Preise wesentlich über das bestehende internationale Preisniveau anheben kann, weil er sonst fürchten muß, von einem ausländischen Monopolkonkurrenten unterboten und verdrängt zu werden. Wenn z. B. VW wegen seiner beherrschenden Stellung gegenüber inländischen Konkurrenten seine Preise nach Belieben erhöhte, würde es schließlich von anderen, ausländischen Autoherstellern - z. B. Datsun, Toyota usw. - unterboten und aus dem Markt gedrängt werden.

Zweitens, ein ganz einfaches Argument: Wenn die Monopole solch eine beherrschende und sichere Stellung hätten, daß sie die Preise nach Belieben erhöhen könnten, warum sollten sie dann mit ihren Preiserhöhungen erst auf "überhöhte" Lohnforderungen warten? Kapitalistische Unternehmen verlangen immer den höchstmöglichen Preis, den der Markt "hergibt". In diesem Fall wären wir wieder bei unserem ursprünglichen Argument: die Lohnerhöhungen könnten für die Preissteigerungen nicht verantwortlich gemacht werden, sondern einzig und allein die Profitinteressen der Monopole.

Wir haben jetzt gesehen, wie die Inflation nicht zustande kommt - durch Lohnerhöhungen. Aber wie kommt sie zustande?

Produktivität

Preise drücken die jeweilige Menge an Arbeitszeit aus, die in verschiedene Waren während der Produktion eingeht. In diesem Fall müßten eigentlich mit der ständig steigenden Arbeitsproduktivität (d. h. daß im Laufe der Zeit zur Herstellung der gleichen Menge von Gütern immer weniger Arbeitszeit eingesetzt werden muß; in erster Linie wegen des technischen Fortschritts) die Preise ständig fallen. Mit der gleichen Menge Geld müßte man demzufolge - in dem Maße, wie die Produktivität steigt - immer mehr Güter kaufen können. In Wirklichkeit können wir stattdessen für die gleiche Menge Geld immer weniger Waren kaufen - trotz steigender Produktivität! Um diesem scheinbaren Widerspruch auf die

INFLATION ?

Spur zu kommen, müssen wir das Geldsystem verstehen: was Geld ist, und welche Funktion es in der kapitalistischen Gesellschaft hat.

In einer kapitalistischen Wirtschaft werden Waren nicht mehr direkt gegeneinander ausgetauscht, sondern gegen Geld. Jeder Kauf oder Verkauf wird durch Geld vermittelt. Geld ist das allgemeine Tauschmittel, ohne das Kauf und Verkauf unmöglich sind.

3. GELD

Ursprünglich produzierten Einzelpersonen und Gemeinschaften nicht viel mehr, als sie für ihre eigenen unmittelbaren Bedürfnisse brauchten, und nur mit dem verbleibenden geringen Überschuss wurde gehandelt. Solcher Handel bestand in direktem Tausch, z. B. zwei Beile wurden gegen einen Kessel getauscht, oder eine Kuh gegen drei Ziegen. Das Verhältnis, in dem diese ersten Waren getauscht wurden, hing direkt von der in ihre Produktion eingegangenen Arbeitszeit ab. Wenn ein Beil in drei Tagen produziert wurde und ein Kessel in sechs Tagen, mußten sie im Verhältnis 2:1 getauscht werden, sonst hätte jeder Beile produziert und niemand Kessel - und die primitive Wirtschaft wäre ein ebensolches Chaos gewesen wie die moderne (krisenhafte) kapitalistische Wirtschaft.

Schon von den Anfängen der Zivilisation an gab es Handel, der nach dem Gesetz des Tausches von gleichen Mengen Arbeitszeit organisiert war. Aber im Laufe der Zeit, und vor allem mit dem Aufkommen des kapitalistischen Zeitalters der Weltgeschichte, hörte der Warentausch auf, nur am Rande der Gesellschaft zu existieren (d. h. abgetrennt von den Hauptbeschäftigungen als zusätzliche gesellschaftliche Aktivität) und nahm eine immer zentralere Stellung ein. Heute ist der Warentausch die verbreitetste Aktivität der modernen Gesellschaft: der

Austausch zwischen den Kapitalisten und der Austausch zwischen Kapitalisten und Arbeitern (deren Arbeitskraft, wie wir gesehen haben, in diesem System eine Ware wie alle anderen Waren ist und gleichzeitig die wichtigste Vorbedingung für das Funktionieren des Kapitalismus, indem man aus ihr den Profit schöpft). Der Kapitalismus ist allumfassende Warenproduktion: Gegenstände werden nicht für die unmittelbaren Bedürfnisse des Einzelnen oder gemäß einem gesellschaftlichen Plan für die Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft produziert, sondern ausschließlich für den Markt, zum Zwecke des Verkaufs. Die Herstellung von Gegenständen, die nicht für den Warentausch bestimmt sind, ist heute nur noch eine Freizeitbeschäftigung.

Dieser Tatbestand ist durch die Entwicklung des Geldes zum allgemeinen Tauschmittel möglich geworden. Der Kapitalismus ist heute durch eine weltweite Arbeitsteilung und durch den Weltmarkt gekennzeichnet. Das bedeutet, daß z. B. die Textilindustrie in Portugal britische und amerikanische Maschinen benutzt, afrikanisches Rohmaterial verarbeitet und an Lateinamerika verkauft. Diese Entwicklung des Kapitalismus hätte ohne Geld nicht stattfinden können. Was ist also Geld und wie hat es sich entwickelt?

Tauschmittel

Schon früh in der Entwicklung des Tauschhandels kamen Probleme auf. Zurück zu unserem Beispiel: eine Kuh im Austausch gegen drei Ziegen, weil zur Aufzucht einer Kuh dreimal soviel Arbeitszeit notwendig ist wie zur Aufzucht einer Ziege. Aber angenommen der tauschwillige Kuhbesitzer braucht nur zwei Ziegen. Was soll er machen? Eine Kuh ist ein ganzes Tier und läßt sich nicht ohne weiteres (bequem) in Tauscheinheiten wie 1/3 Kuh oder 2/3 Kuh aufteilen. Angenommen, der Mann nimmt widerwillig drei Ziegen für seine Kuh, dann muß er eine davon loswerden. Er beschließt,

seine überflüssige Ziege gegen ein eisernes Beil einzutauschen. Aber der Mann, der Beile besitzt, will keine Ziege. Oder aber das Tauschverhältnis ist 1:3 - er braucht jedoch nur ein Beil. Die beiden anderen liegen herum, werden rostig und nützen ihm gar nichts. Kurz und gut, selbst eine dörfliche Wirtschaft mit nur ein paar Tauschartikeln gerät in unüberwindliche Schwierigkeiten. Waren können zwar hergestellt, aber nicht reibungslos gegeneinander getauscht werden. Noch viel weniger kann eine Weltwirtschaft, die täglich auf unzähligen, voneinander unabhängigen Tauschakten beruht, ohne ein allgemeines Tauschmittel, d. h. Geld, funktionieren.

Was unsere beiden Händler also brauchen, ist Geld: Eine Ware, die genauso als Produkt von Arbeitszeit anerkannt ist wie Kühe, Beile oder jede andere Ware, die aber handlich ist, nicht mit der Zeit verdirbt und die vor allem nach Belieben geteilt und wieder zusammengefügt werden kann. Die gebräuchlichste Geldware, die all diese Anforderungen erfüllt, ist immer Gold gewesen. Eine kleine Menge Gold verkörpert eine große Menge Arbeitszeit, und deshalb entsprechen kleine Mengen Gold viel größeren Mengen anderer Waren. Außerdem kann Gold den Wert (verkörperte Arbeitszeit) jeder anderen Ware exakt darstellen, weil es sich leicht in kleine Einheiten aufteilen und zu größeren zusammenfügen läßt.



Bald wird Gold hauptsächlich in seiner Funktion als Geld benutzt, d. h. als diejenige Ware, die einen allgemeingültigen Gegenwert darstellt, insofern als sie überall in der Gesellschaft direkt für jede andere Ware austauschbar ist. Gold wird die einzige Ware, in der alle anderen Waren ihren Wert ausdrücken und in der alle anderen Waren miteinander vergleichbar werden - je nach der Goldmenge, die die in ihnen enthaltene Arbeitszeit darstellt. Auf diese Weise wird Gold zum allgemein gültigen Wertmaßstab.

Auch unser Kuhbesitzer hat jetzt keine Probleme mehr. Er verkauft (tauscht) seine Kuh für Gold und benutzt das Gold dazu, um

Ziegen, Beile, oder was er sonst braucht, zu kaufen (einzutauschen).

Grundsätzlich gilt das gleiche für die moderne kapitalistische Gesellschaft. Natürlich wurde im Laufe der Entwicklung des Geldes als allgemeines Tauschmittel dessen wahres Wesen mehr und mehr verdeckt. Es erscheint heute oberflächlich so, als ob Waren deshalb einen Wert hätten, weil sie gegen eine bestimmte Menge Geld austauschbar sind, und daß es das Geld selbst wäre, das Waren gegeneinander austauschbar macht. Aber das ist nicht der Fall! Wir dürfen nicht vergessen, daß Waren nur deshalb austauschbar sind, weil sie alle Produkte menschlicher Arbeit sind, und daß Gold nur deshalb als Wertmaßstab und Tauschmittel dienen kann, weil es selbst eine Ware ist und weil eine bestimmte Menge Gold das Produkt einer bestimmten Menge Arbeitszeit ist. Die Ware Gold hat die gesellschaftliche Funktion, die Werte aller anderen Waren auszudrücken und zu messen.

Geldmenge

Wir haben gesehen, daß Geld (bisher in Form von Gold) - wie jede andere Ware - einen bestimmten Teil des gesellschaftlichen Reichtums darstellt. Deshalb läßt sich leicht aufzeigen, wieviel Geld jeweils als Tauschmittel gebraucht wird. Ganz gleich, wie groß die Warenmenge in einer bestimmten Gesellschaft ist: Jede Ware wird früher oder später mit Geld in Berührung kommen; dabei steht das Geld auf der Seite des Kaufs, die andere Ware auf der Seite des Verkaufs. Aus diesem Grunde ist die erforderliche Menge an Geld (als Tauschmittel) gleich der Summe der Preise aller Waren, die in Umlauf gesetzt werden sollen.

Um genau zu sein, müssen wir bedenken, daß der Tauschvorgang Zeit braucht, so daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Betracht gezogen werden mußte. Aber indem wir eine gleichbleibende Umlaufgeschwindigkeit unterstellen, klammern wir diese zusätzliche Komplizierung aus, ohne die grundlegenden Zusammenhänge zu verfälschen.

Jetzt sind wir an dem Punkt unserer Überlegungen angekommen, an dem es uns möglich ist, das eigentliche Problem - die Inflation - in den Griff zu bekommen. Wir können nacheinander erstens den Mechanismus der Inflation (d. h. wie sie stattfindet) bestimmen und zweitens ihre Ursachen (d. h. warum sie stattfindet).

17. Juni 1953

AUFSTAND OSTBERLINER ARBEITER

Kurt Pfeifle
München

VOR 25 JAHREN, MITTE JUNI 1953, ERHOBEN SICH DIE ARBEITER DER DDR GEGEN DIE HERRSCHENDE BÜROKRATIE. IN 274 ORTEN - HAUPTSÄCHLICH INDUSTRIELLEN ZENTREN - STREIKTEN 372.000 ARBEITER.

Seither können sich bundesdeutsche Arbeiter über einen arbeitsfreien Tag freuen - der 17. Juni wurde von der Adenauer-Regierung damals heuchlerischerweise als "Tag der deutschen Einheit" zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Die Anhänger des westlichen Kapitalismus verzerren seither die wahren Gründe und Ziele dieses Aufstandes. Sie versuchen, ihn heute als "Freiheitskampf gegen den Sozialismus" und als "Kampf für die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik" darzustellen.

Kritiklose Anhänger der bürokratisierten Arbeiterstaaten im Osten sowie deren herrschende Schicht sahen darin eine von "konterrevolutionären imperialistischen Agenten angezettelte Provokation", um angeblich den Kapitalismus wieder einzuführen. WAS GESCHAH DAMALS WIRKLICH ?

Vorgeschichte

Nachdem die Rote Armee der UdSSR die Hitlerarmeen 1945 endgültig geschlagen hatte, hielt sie als Ergebnis des 2. Weltkriegs den Ostteil des ehemaligen Deutschen Reichs besetzt. Das gesamte alte Regime war zusammengebrochen, der Staatsapparat lag in Scherben, die früheren Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren westwärts geflohen, die Wirtschaft lag in Schutt und Asche. Die Grundlage war da für eine soziale Umwälzung, die allerdings bürokratisch von oben durchgeführt wurde. Die großen Fabriken wurden verstaatlicht, die Landwirtschaft kollektiviert. Weil der Plan bürokratisch von oben herunter diktiert wurde und die freie Atmosphäre einer echten Arbeiterdemokratie fehlte, kam es zu zahlreichen und schweren Ungleichgewichten und Engpässen beim Aufbau der Industrie. Die Folge waren zahllose Kurswechsel und Zickzacks in der Wirtschaftspolitik.

Am 9. Juni 1953 wurde vom ZK der SED wieder ein "neuer Kurs" angekündigt. Händler, die letzten Kleinkapitalisten, Bauern, Kirchen und bürgerliche Politiker -



... sie alle erhielten Zugeständnisse, nur die Arbeiter nicht! Ihre Lebensbedingungen wurden verschlechtert, weil die Produktionsnormen um durchschnittlich 10 % erhöht wurden, was in den meisten Fällen Lohn einbußen bedeutete. Die allgemeine Unzufriedenheit schwoll sehr stark an. **Bauarbeiter**

Unter den Bauarbeitern ist die Erregung am größten. Facharbeiter der Baubranche sollen Lohn einbußen von 50 % und mehr hinnehmen. Erst im Mai hat die DDR-Presse groß über den Westberliner Bauarbeiterstreik berichtet, der erfolgreich abgeschlossen worden war. Dies heizte natürlich die Stimmung noch weiter an. Trotz angeblich "freiwilliger" Normenerhöhungen in den vorangegangenen Jahren war der Plan im 1. Quartal 1953 nur zu 77 % erfüllt worden. Eine erneute Normenerhöhung von den Arbeitern zu verlangen - das ist für sie eine echte Provokation!

Die Bauarbeiter in der Stalin-Allee - zu 75 % Mitglieder der SED! - verfassten am 8. Juni eine Bittschrift, die die Aufhebung dieser Erhöhung fordert. Sie bleibt unbeantwortet, und die Normen werden ab 10. Juni angewandt. Daraufhin kommt die aufgestaute Stimmung offen zum Ausbruch. In den folgenden Tagen kommt es zu mehreren Teilstreiks, auch in anderen Industriezweigen. Zwei "Anführer" werden von der VoPo (Volkspolizei) verhaftet. Die Wut steigert sich noch mehr. Es wird beschlossen, in einem Massenzug durch die Stadt zum Regie-

... rungsgebäude zu marschieren, um eine Antwort auf die Petition vom 8. Juni zu verlangen. Der Zug verläuft so geordnet und diszipliniert, daß die VoPo glaubt, es handle sich um eine genehmigte Demonstration. Unterwegs schwilt er weiter an, vor dem Regierungssitz sind es 6.000 Menschen. (Dies geschieht am 16. Juni)

Forderungen

Sie verlangen, Ulbricht und Grotewohl zu sprechen. Als stattdessen einige andere Minister versuchen, die Menge abzuwiegeln, stößt ein Arbeiter sie beiseite, um die Arbeiterforderungen vorzulegen:

- Sofortige Senkung der Normen um 10 % !
- Sofortige Preissenkung für Lebens- und Grundbedarfmittel um 40 % !
- Diejenigen Funktionäre, die schwere Irrtümer begangen haben, müssen gehen !
- Partei und Gewerkschaften müssen von Grund auf demokratisiert werden !
- Man soll nicht mehr warten, bis die Bonner Regierung die Initiative zur wirklichen deutschen Wiedervereinigung ergreift. Die DDR-Regierung muß sofort beginnen, die Barrieren, die die beiden Deutschland voneinander trennen, niederzureißen. Das Land muß durch geheime, allgemeine und freie Wahlen vereinigt werden, und der Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen gesichert werden !

Für den folgenden Tag wurde der Generalstreik für ganz Berlin, Ost und West, ausgerufen, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Klassenbewußtsein der Demonstranten zeigt sich, als sie den anwesenden Spitzenfunktionären entgegen schreien: "Wir sind die wahren Kommunisten, nicht ihr !"

In vielen anderen Städten gibt es ähnliche Kundgebungen. Am nächsten Tag diskutieren 30.000 Metallarbeiter im Walter-Ulbricht-Stadion den Sturz der Regierung und die Einsetzung einer "Metallarbeiter-Regierung", d. h. einer Regierung von Arbeiterräten.

Mehrere Tage hielten die Streiks noch an. Schließlich wurden sie mit russischen Panzern gewaltsam erstickt.

Heute preist die bürgerliche Öffentlichkeit den Generalstreik vom 17. Juni in höchsten Tönen. Damals hatte sie allen Grund, sich vor ihm zu fürchten, wie die Forderungen der Streikenden bewiesen. Hätten nämlich die Arbeiter Ostdeutschlands den Sturz ihrer herrschenden Bürokratie erzwungen, eine Räteregierung gebildet und eine echte Arbeiterdemokratie aufgebaut - sehr bald wären die Brüder im Westen diesem Vorbild gefolgt !

Schon während der Streiktage wurde auf SPD-Versammlungen von vielen Rednern die Frage eines Solidaritätsstreiks aufgeworfen. Solche Streiks hätten leicht außer Kontrolle geraten können. Sie wurden jedoch von der SPD-Führung mit der Begründung abgelehnt, die "objektiven Bedingungen" seien noch nicht "reif" !

Wie groß die Angst der westlichen Kapitalisten vor dem Streik in Ostberlin war, zeigt die Tatsache, daß im Westsektor sofort alle Demonstrationen und öffentliche Versammlungen verboten wurden, die nicht vorher angemeldet waren !

Welche Heuchelei ! Während die westliche Propaganda ausführlich über den "Kampf für demokratische Freiheit" berichtete, wurde eben diese Freiheit in Westberlin durch die Behörden unterbunden !

Wie weiter ?

Damals wurde der Aufstand der DDR-Arbeiter noch einmal unterdrückt. Doch wieder wächst Unruhe und Unzufriedenheit heutzutage stark an, wie die jüngsten Zwischenfälle in Wittenberge (Mecklenburg) beweisen. Die SED-Bürokratie gerät immer mehr in eine Zwickmühle, da sie mit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr fertig wird. Die Unruhe unter den DDR-Intellektuellen und die panischen Reaktionen der Staatsspitze darauf sind nur die Vorboten bevorstehender großer Kämpfe der ostdeutschen Arbeiter, die die Fesseln des Stalinismus endgültig abschütteln wollen.

In der BRD stehen im nächsten Jahrzehnt ebenfalls stürmische Klassenkämpfe bevor. Die deutsche Arbeiterklasse in BRD und DDR kann dabei eine wichtige Rolle im Kampf um ein vereinigtes sozialistisches Europa spielen.

FRANKREICH - WOHN ?

"Gleichgültig, ob nun die Linke siegt oder verliert, man fürchtet Arbeiterunruhen, die zu Fabrikbesetzungen führen könnten. Also ist von den Direktoren die Ausarbeitung von Alarmplänen angeregt worden. Leitende Angestellte, Bürokräfte, Arbeitnehmer an den Werkbänken, die nicht kommunistisch eingestellt sind, sollen bei Demonstrationen oder Gewaltanwendungen radikaler im Betrieb die Arbeitsplätze schützen. Werkstore erhalten neue Sicherheitsschlösser. Garagenhallen werden mit eisernen Stangen zusätzlich verriegelt. Computer und Personalkarten werden bewacht. Vor allem Unternehmern aus den Industrien, welche die Kommunistische Partei Frankreichs verstaatlichen möchte sind mißtrauisch. Sie wollen sich "einigeln" können. Das Beispiel von 1968 haben zahlreiche "Patrons" in böser Erinnerung. Sie wollen sich nicht noch einmal überraschen lassen. Ihre Beurteilung: Gewinnt die Linke, kann im Taumel der Begeisterung manchem Betrieb durch Übermut Schaden entstehen. Verliert die Linke, könnten Unternehmen unter dem Zorn leiden." (FAZ 27. 2. 78)

So beschrieb ein aufmerksamer bürgerlicher Beobachter der französischen Politik die Lage im Land in den Wochen vor den Wahlen im März. Das französische Kapital war in eine echte Panik geraten. Kapitalbesitzer hatten überstürzt versucht, ihr Geld in Gold anzulegen, oder auf ausländischen Bankkonten in Sicherheit zu bringen. Der Wert der französischen Franc war auf eine neue Rekordtiefe gesunken.



Als dann aber nach dem zweiten Wahlgang feststand, daß die Rechte bürgerliche Regierungskoalition noch einmal eine Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung behielt, schien ein allgemeines (ungerechtfertigtes) Aufatmen durch die bürgerlichen Kreise Frankreichs und Europas zu gehen. Millionen französischer Arbeiter sahen ihre Hoffnungen auf einen tiefgreifenden sozialen Wandel, wie sie sich es von einem Wahlsieg der Linken versprochen hatte, nicht erfüllt. Doch der Kampf um eine Veränderung der französischen Gesellschaft im Interesse der Arbeiter ist damit nicht abgeschlossen, im Gegenteil, er hat erst so richtig begonnen.

Streikwelle

Gegen Versuche der Regierung, der Arbeiterklasse ein radikales Sparprogramm aufzudrücken, gab es 1977 drei nationale eintägige Generalstreiks. Am 23. Mai 1977 legten Millionen die Arbeit nieder, und es kam eine "... in Frankreich seltene Einheitsfront" zustande, wie es die Frankfurter Rundschau zu berichten wußte. Nicht nur die beiden großen Gewerkschaftsbünde CGT (kommunistisch orientiert) und CFDT (sozialistisch orientiert), sondern auch eine Reihe anderer Organisationen hatten zu diesem Generalstreik mit aufgerufen: Die Lehrergewerkschaft FEN, die der bürgerlichen Regierungskoalition nahestehende, staatstragende Gewerkschaft FO, der Verband der Führungskräfte, Ingenieure und mittleren Manager CGC, der christliche Gewerkschaftsbund CFTC, sowie u. a. auch die Verbände der Kolonialwarenhändler und Kleinbauern.

"Einmütig... erklären sie sich alle gegen eine Politik, die angeblich Lohnstopp, Entlassungen und Arbeitslosigkeit zur Folge habe", berichtete die FAZ (24. 5. 77).

Krise

Der tiefe Pessimismus des französischen Kapitals angesichts trüber wirtschaftlicher Aussichten und einer starken Radikalisierung der Arbeiterklasse kam auch in einem Kommentar der FAZ vom 29. 11. 77 zum Ausdruck:

"Eine tiefe Vertrauenskrise, die Unsicherheit über die politische Zukunft, lähmt die wirtschaftlichen Antriebskräfte... Trotz Preisstopps, Steuerensenkung und an-

derer Tricks beträgt die Teuerungsrate - wie schon 1976 - auch in diesem Jahr immer noch 9,9%. Geplant aber war, daß Löhne und Preise im Gleichschritt um höchstens 6,5% steigen sollten... Dabei verteuert die schleichende Abwertung des Franc laufend die Einfuhren. Der Preis für 100 DM ist in Paris seit März 1976 um 25% von 175 auf jetzt 218 Franc gestiegen. Frankreich muß sich laufend im Ausland verschulden, um das Handelsdefizit zu finanzieren... Die Regierung muß ihre Erwartungen erheblich nach unten korrigieren: Weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit bei weiterhin viel Inflation."

Schwache Regierung

Die nach der Wahl wiedergebildete Regierung wird, trotz ihrer stabil aussehenden Mehrheit, eine schwache Regierung bleiben, die aufgrund innerer Widersprüche, und ihrer Unterwürfigkeit unter das Großkapital nicht fähig sein wird, mit Inflation, Arbeitslosigkeit, riesigen Staatsdefiziten und all den anderen Problemen des französischen Kapitalismus fertig zu werden. Dementsprechend bezeichnend war auch der Einstand dieser neuen Übergangsregierung, denn "noch vor der Regierungsbildung am Dienstag ist in der Wirtschaft eine Flut von Preiserhöhungen losgebrochen. Im Einzelhandel werden eifrig neue Etiketten aufgeklebt. Am heutigen Montag werden alle Zeitungen und auch Brot um 10 bis 15% teurer. Bis zu 25% reichen die Preiskorrekturen für Produkte, die bisher als Dauersonderangebote billig verkauft worden sind." (FAZ 3. 4. 78).

Aufschwung der Linken

Die nun schon Jahre andauernde kapitalistische Krise hat die Parteien der Linken erheblich belebt und ihnen Zulauf gebracht. Die Sozialistische Partei ist in den letzten zehn Jahren praktisch aus dem Nichts wieder aufgerstanden zur stärksten Partei der Linken. Noch 1969 konnte ihr Kandidat Gaston Deferre bei den Präsidentschaftswahlen ganze fünf Prozent verbuchen, bei den Wahlen 1973 kam die Sozialistische Partei bereits auf 17,7%, und seither ist sie in verschiedenen Wahlen auf weit über 20% geklettert. Gleichzeitig wandelte sich die CFDT durch den Zustrom vor allem jüngerer, bisher unorganisierter Arbeiter von einer ehemals katholischen Gewerkschaft zu einem Verband der heute wesentlich links von dem größten, kommunistisch orientierten Gewerkschaftsbund CGT steht. Andererseits war es in den letzten Jahrzehnten in erster Linie die Kommunistische Partei, die mit ihren Hunderten von Betriebsgruppen vor allem in der Schwer- und Schlüsselindustrie eindeutig die stärkste Kraft unter den Arbeitern darstellte.

KP-Zickzack

In den Jahren vor der Wahl sah es dann auch eindeutig so aus, als ob die Sozialisten einen Linksruck und die Kommunisten einen Rechtsruck vollziehen würden. SP-Führer Mitterrand, für viele Sozialisten in der BRD ein Vorbild, sprach auf Reden landauf landab von einem angestrebten radikalen Bruch mit dem kapitalistischen System und weckte unter den Arbeitern Hoffnungen auf tiefgreifende Änderungen. Andererseits unternahm die Kommunistische Partei alles, um sich ein bürgerliches, nationalistisches Image zu geben: Das alte Ziel der "Diktatur des Proletariats" und die erhobene Faust als Parteiemblem wurden aufgegeben, und im Gegensatz zu Mitterrand sprach sich KP-Führer Marchais eindeutig für die französische Atombewaffnung aus. Dann aber schwenkte Mitterrand, je näher der Wahltermin rückte, immer mehr von seinen früheren sozialistischen Zielsetzungen ab, und setzte auf dem Parteitag in Rennes 1977 ein Bekenntnis zur kapitalistischen Marktwirtschaft durch. Be-



reits im November 1976 hatte er sich mit Vertretern der Industrie an einen Tisch gesetzt und erklärt:

"Der Unternehmerrückgang wird auf lange Sicht der Motor der Marktwirtschaft sein" (FAZ 13. 11. 76). 1977 machte dann die KP eine Linksschwenkung, indem sie demagogisch die SP und den Kapitalismus insgesamt kritisierte und auf ihr Recht pochte, in einer möglichen Linksbürgerlichen Schlüsselpositionen zu besetzen. Dies war aber alles andere als eine Rückkehr zu den Grundsätzen von Marx und Lenin. Es war nichts anderes als eine Furcht der KP-Führer, Basis an den sozialistischen Konkurrenten zu verlieren, der sich als stärker erwies und mit der KP das Gemeinsame Regierungsprogramm von 1972 ausgearbeitet hatte. Bei diesen wortradikalen Attacken von Marchais stieg seine Sympathie bei jenen Millionen Arbeitern an, für die die KP nach wie vor das revolutionäre Erbe Lenins vertritt. Bei den Wahlen im März jedoch zeigte die KP weiterhin Anbiederung vor bürgerlichen Splittergruppen, indem sie in zwei Wahlkreisen ihre Kandidaten zugunsten von sogenannten "linken" Gaullisten (vergleichbar mit dem "liberalen" Flügel der CSU!) zurückzog!

Wahlausgang

Das französische Wahlrecht verzerrt die Tatsache, daß es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Linken und dem bürgerlichen Block gegeben hat. Aber viele hatten eine eindeutige Mehrheit erwartet, nachdem bei den Kommunalwahlen 1977 die Linke auf 52% der Stimmen gekommen war und 7 von 10 Städten über 30.000 Einwohner regiert.

Die Ursachen für das verhältnismäßig schlechte Abschneiden liegen auf der Hand: Sicherlich haben Presse und Fernsehen hysterische Töne anklängen lassen und haben die Führer des bürgerlichen Regierungslagers mit wortradikaler Demagogie eine "neue Epoche sozialer Gerechtigkeit" (Ministerpräsident Barre) versprochen und damit gedroht, daß ein Wahlsieg der Linken den mühsam in Gang kommenden Aufschwung kaputt machen würde (Präsident Giscard), aber die Hauptursachen liegen bei der Linken selbst. Das gemeinsame Regierungsprogramm verspricht zwar zahlreiche Reformen und harte Eingriffe in Macht und Wohlstand des französischen Kapitals, aber die Fragen nach deren Verwirklichung blieben nur mangelhaft beantwortet. Denn wie sollen, solange der kapitalistische Markt weiterhin besteht, alle versprochenen Reformen finanziert werden, ohne eine rasende Inflation zu verursachen?

Spaltung der Linken

Der wichtigste Grund war die Zerstretheit der Linken, deren Führer sich gegenseitig immer wieder mit scharfer Munition angriffen und denunzierten. SP und

KP konnten so zwar ihre Stammwähler behalten, also die Industriearbeiterschaft und die Mehrheit der Jugend, aber eine sinnlos zerstrittene Arbeiterbewegung hat es nicht vermocht, Teile der Mittelschichten auf ihre Seite zu ziehen, und eine klare Mehrheit zu erobern.

Ebenso war es in Deutschland in den frühen 30er Jahren, als die Mittelschichten sich von den zerstrittenen Arbeiterparteien abwandten und ihre Hoffnungen auf die Nazis setzten.

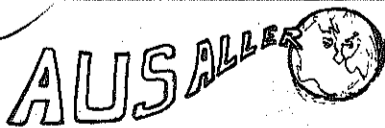
Das Kapital in Frankreich hat aber absolut keinen Grund zum Aufatmen. Die Arbeiterbewegung ist zwar enttäuscht, aber keineswegs entscheidend geschlagen oder zurückgeworfen worden. Nirgendwo in Europa läßt sich eine echte stabile konservative Regierung erblicken. Die "neue alte" Regierung Barre ist dabei, ebenso ihren "Schwung" und ihr Selbstvertrauen zu verlieren wie die des US-Präsidenten Carter, der mit großem Getöse und vielen Versprechungen und sogar der Unterstützung vieler Gewerkschaften an die Macht gekommen war und ein starkes Jahr danach sich in einer Auseinandersetzung mit den streikenden Bergarbeitern fast die Zähne ausbiß. Die Regierungsmehrheit ist total in sich zerstritten zwischen dem Strauß-Freund Chirac und seinen Gaullisten auf den einen und Ministerpräsident Barre und Giscard auf der anderen Seite.

Perspektiven

"Mit dem zweiten Wahlgang sind die Wahlen nicht beendet. Ein dritter steht bevor - er wird auf der Straße ausgetragen werden." kommentierte ein sinniger Beobachter im Radio. Die nächste internationale Rezession wird auch Frankreich hart treffen, und die Arbeiterklasse wird es sich jetzt auf keinen Fall bieten lassen, daß ihr Lebensstandard weiter angegriffen wird. Anfang Mai verhängte die Regierung die Heraufsetzung öffentlicher Tarife (Strom, Gas, Eisenbahn und Post) um 5 bis 15%. Gleichzeitig wurde der staatlich festgelegte gesetzliche Mindestlohn lediglich um nominal 3,87%, real gar nur um 1,08% auf 10,45 FF pro Stunde angehoben. "Für die Gewerkschaft CFDT verstößt die SMIC-Erhöhung (SMIC=Mindestlohn, d. Verf.) gegen die von der Regierung eingegangene Verpflichtung, den Mindestlohn stärker als das durchschnittliche Lohnniveau in der Industrie anzuheben." (Handelsblatt 8. 5. 78) So wird die Regierung in den kommenden Monaten mehr und mehr abwirtschaften, und Empörung und Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung provozieren. Der Schlüssel für die Zukunft der französischen Arbeiterklasse liegt in den Händen der Führer der Sozialistischen und Kommunistischen Partei. Es kommt jetzt darauf an, die Konsequenzen zu ziehen und Schluß zu machen mit jeglicher Art der Zusammenarbeit mit kleinen, liberalen, bürgerlichen Splittergruppen, die also keine Basis haben.

In gemeinsamer Diskussion über Programm, Strategie und Ziele muß die Basis der Arbeiterparteien zusammenfinden, um endlich mit dem sinnlosen Hickhack und den bürokratischen Eifersüchteleien der Parteiführer Schluß zu machen. Der Generalstreik vom 23. Mai 1977 hat gezeigt, daß die Arbeiterbewegung geschlossen durch eine offensive Politik auch höhere Angestellte und Mittelschichten wie Bauern und kleinere Geschäftsleute mitreißen kann. Die französische Wirtschaft wird von etwa 200 Großkonzernen weitgehend beherrscht; darum kann die Arbeiterbewegung die Wirtschaft erst in ihrem Interesse lenken, wenn diese Großkonzerne verstaatlicht und demokratisch durch die Arbeiter kontrolliert und verwaltet werden. Wenn die Führer der beiden Massenparteien jetzt ein offensives sozialistisches Programm anbieten und überzeugend vertreten würden, dann wäre eine breite Unterstützung dafür sichergestellt.

Hans-Gerd Öfinger
Remscheid



Kaum war der Streik von rund 9.000 spanischen Grundschullehrern beendet, da wurden von den rund 100.000 Beschäftigten die 3.000 Hotels an der Costa del sol betreift. Die Hauptforderung der Streikenden: 200 DM mehr Lohn im Monat.

Zur gleichen Zeit fand in Malaga auch ein Streik in der Lebensmittelbranche statt. Die Gewerkschaften haben weitere zweitägige Streiks angedroht, falls die Arbeitgeber hart bleiben. Die Regierung nannte den Ausstand "illegal". Die Polizei verhaftete ein Dutzend Streikposten.



Der Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), Felipe Gonzalez, will die Bezeichnung "marxistisch" aus dem Parteistatut streichen. Dies hat er kürzlich angekündigt.

Diese Absicht des Sozialistenführers wirft zwei Parallelen auf. Erst vor wenigen Monaten hatte Carillos Kommunistische Partei die alte Bezeichnung "leninistisch" gestrichen und allen Anschein revolutionärer Politik abgelegt, um bei den bürgerlichen Parteien salonfähig zu werden.

Der Schritt von Gonzalez erinnert auch

an den portugiesischen Sozialistenführer Soares, der zu Beginn der Revolution 1974 mit kämpferischen und radikalen Worten die Arbeiter für seine Partei mobilisierte und jetzt als Ministerpräsident versucht, die großen Errungenschaften der Revolution wie der abzubauen.

Gonzalez will, offensichtlich unter dem Druck der nordeuropäischen Sozialdemokratie, seine Partei zu einer gemäßigten rechten sozialdemokratischen Partei umformen. Aber allein schon seine Ankündigung ist bei vielen aktiven Parteimitgliedern auf Widerstand gestoßen.

Letzten Endes werden auch noch so große Namensänderungen nicht den Kampf der spanischen Arbeiterbewegung für eine echte sozialistische Demokratie aufhalten können.

BERICHT

EIN ARBEITSTAG IN EINER SCHLEIFEREI

Josie Bell
Remscheid

Der Wecker klingelt. Mühsam drehe ich mich um und versuche, wach zu werden. Vier Uhr früh. In zwei Stunden fängt die Frühschicht an. Schon wieder eine Nacht vorbei. Bin gestern aber auch so spät ins Bett gekommen. Was war denn da überhaupt? solche Gedanken gehen mir durch den Kopf, während ich versuche, das Ding zur Ruhe zu bringen. Ach ja, richtig: Bis 22 Uhr war ich auf der Juso-Versammlung.

Um 5.04 Uhr fährt der Bus, der mich zur Arbeit bringt. Noch eine Stunde ist Zeit, um mich zu waschen und zu richten, und um zu frühstücken und erst einmal alle Sinne zusammenzukriegen. Manche stehen erst 5 Minuten, bevor sie das Haus verlassen, auf. Ich schaffe das nicht, sonst bin ich einfach nicht richtig da.

Arbeitsbeginn

Jetzt muß ich mich aber beeilen, sonst schaffe ich den Bus nicht mehr. Er kommt um 5.40 Uhr bei der Fabrik an. Wenn ich den nächsten nehme, komme ich 5 Minuten zu spät an. Dann wird mir eine Viertelstunde Lohn abgezogen. Heute schaffe ich es. Im Bus sitzen schon andere Leute, Kollegen. Sie begrüßen mich: Manche sind ganz guter Laune, andere schlafen noch halb.

In der Firma angekommen, muß ich mich erst umziehen. Im Keller unten sind Räume und Duschen. Fünf vor sechs stehe ich an meiner Maschine. Ein Becher Kaffee, der ein bißchen fade schmeckt, habe ich vorher noch schnell getrunken. Ich muß Messer schleifen, die für industrielle Zwecke gebraucht werden. Sie sind ganz verschieden groß. Jedes muß einzeln bearbeitet werden. Das erfordert ziemliche Aufmerksamkeit, es ist schwierig, und man muß ganz geduldig sein. Sie müssen mit einer Genauigkeitstoleranz in drei hundertstel Millimeter (manche sogar mit zwei tausendstel) geschliffen werden. Wenn nur ein Staubkorn an dem Magnet haftet, der das Rohmesser während des Schleifvorgangs festhält, kann eine Scharte an der Schneide des Messers entstehen. Dann ist alles umsonst. Man kann's zum Abfall werfen. Deshalb muß ich immer ganz aufpassen und den Magneten immer wieder peinlich genau säubern.



Gewerkschaftsdemokratie

Die Arbeit ist ziemlich schmutzig. Metallstaub und so. An den Fingerkuppen kriege ich immer Risse und auch eine Hornhaut. Das sieht nicht sehr schön aus. Die Zeit schleicht dahin. Um acht kommt der Betriebsratsvorsitzende. Er macht fast täglich seinen Rundgang, spricht mit ein paar Leuten ein wenig, wie's geht und ob's Probleme und Beschwerden gibt. Er ist ziemlich gut, wenn es um unsere Interessen geht. Trotzdem bin ich nicht so begeistert von der deutschen innerbetrieblichen "Demokratie". Da kann er aber nichts dafür: Nur alle 3 Jahre sind Betriebsratswahlen. Und ich habe noch nirgends gehört, daß man die Leute abwählt kann, wenn sie nicht mehr unsere Interessen vertreten. In Großbritannien werden die "shop stewards" (gewerkschaftliche Vertrauensleute) zum Teufel gejagt, wenn sie nicht mehr auf der Seite der Arbeiter sind. Das kommt schon manchmal vor. Aber hier kann man fast gar nichts machen. Man muß drei Jahre warten, bis zur nächsten Wahl. Trotzdem tut sich jetzt einiges, und die Unzufriedenheit unter den Kollegen wächst. Bei der Tarifrunde hat der IG Metall-Vorstand

unsere Urabstimmung, wo wir mit großer Mehrheit für Streik stimmten, einfach mißachtet. Kampfbereitschaft war schon da, und dann wurden wir so verschaukelt. Wir waren ganz schön wütend hinterher.

Überhaupt finde ich es ganz undemokratisch, wenn man eine Mehrheit von 75 % bei der Urabstimmung braucht, um streiken zu können, aber eine Minderheit von 25 %, die gegen den Streik ist, verhindern kann, daß wir in Aktion treten. Doch selbst bei fast 90 Prozent für Streik kann der Bundesvorstand die beschlossene Aktion immer noch abblasen.

Um fünf nach sechs schaue ich zum erstenmal auf die Uhr. Wenn nur die erste Pause da wäre. Man arbeitet immer nur auf die erste Pause hin. Und dann ist sie so schnell wieder vorbei. Aber noch ist es nicht so weit. Erst um neun Uhr.

Als einfaches Mitglied hat man in der Gewerkschaft wenig zu melden, man muß nur pünktlich seinen Beitrag zahlen. In England haben wir uns da sogar manchmal wöchentlich getroffen, und da konnte man auch viel mehr seine Probleme vorbringen.

Gewerkschaftspolitik sollte sich nicht nur hauptsächlich mit Löhnen befassen. Ich erinnere mich, daß es vor 14 Jahren in meiner Heimatstadt eine Massendemonstration von 50.000 gab, die die örtlichen Gewerkschaften organisiert hatten. Es ging um die Mieten der Sozialwohnungen in einem Arbeiterviertel. Unter dem Druck der Demonstration hat der Stadtrat dann doch nicht die 25prozentige Mieterhöhung durchgepeitscht.

Wenn in England ein Arbeiter irgendeine Beschwerde hat, geht er direkt zu seinem "shop steward", der sich dann darum kümmert und notfalls einen Streik ausrufen kann. Hier geht man zuerst zum Vorarbeiter und redet mit ihm. Wenn der nichts macht, dann geht man zum Meister, und erst zuletzt zum Betriebsrat. **Pause**

Endlich ist Pause. Die Maschinen werden eine Viertelstunde lang abgestellt. Es gibt keine Kantine, nicht einmal so einen Aufenthaltsraum, wo man gemütlich hinsitzen kann, um eine Zigarette zu rauchen. So muß ich mich neben die Maschine setzen, wo es staubig ist. Nicht sehr angenehm, in dieser Umgebung zu essen. Überall im Raum

sitzen Gruppen zusammen, immer nach Nationalitäten getrennt: die Spanierinnen und die Portugiesinnen, die Türkinen, die Jugoslawinnen und die Italienerinnen sitzen immer in ihren Gruppen. Es gibt nur Frauen in der Schleiferei, alle "Gastarbeiter". mit einer Ausnahme.

Die Pause ging viel zu schnell vorüber. Vor mir geht Maria, eine portugiesische Kollegin, zu ihrer Maschine. Sie ist schwanger. Wenn ich sehe, wie sie sich in ihrem Zustand noch abmühen muß, kocht mein Blut vor Wut: den ganzen Tag stehen, bis 6 Wochen vor der Geburt, dann erst kriegt sie Mutterschaftsurlaub, bis 8 Wochen danach. Ihre Arbeit ist nicht sehr schwer, aber immer stehen - das alleine strengt sie schon viel zu sehr an. Sie muß sich immer wieder setzen. Ganz dick geschwollene Füße hat sie schon. Nach der Arbeit muß sie sich noch um ihren Mann und das erste Kind kümmern.

Ich sehne schon die nächste Pause herbei, die Mittagspause. Sie dauert auch nur eine Viertelstunde. Aber man kann in die Kantine gehen zum Essen. Es gibt immer was Warmes.

Ich brauche 2 Minuten, um dort hin zu gelangen. Da bleiben zum Essen nur 10 Minuten, und man muß sich sehr beeilen. Als Kind haben meine Eltern mir immer befohlen, nach dem Essen eine halbe Stunde am Tisch sitzen zu bleiben um auszuruhen. Jetzt würde ich es gerne tun können. Aber einen Tisch weiter sitzt der Meister. Er paßt auf wie ein Schießhund. Man kann nicht mal 5 Minuten lang gemütlich eine Zigarette rauchen, oder einen Tee trinken, weil er uns sofort an die Arbeit zurückschickt.

Der Vorarbeiter taucht auf und erkundigt sich, wie ich zurecht komme. Am nächsten Tag, als ich in einer anderen Abteilung die Arbeit anfing, hat der Vorarbeiter ziemlich neugierige Fragen gestellt. "Sind sie verheiratet? Was machen Sie in Ihrer Freizeit? Lesen Sie viel? Ja was denn? Ich nehme an, Liebesgeschichten?" "Als ich geantwortet habe: "Marx und Lenin", da war er ganz verblüfft. Er brachte kein Wort mehr heraus, hat sich umgedreht und ist weggegangen.

Einmal mußte ich ziemlich schwere Messer hochheben, ein Stück wegtragen, stampeln und ablegen. Ich merkte, daß es mir zu schwer war und beschwerte mich beim Vorarbeiter. "Es ist mir zu schwer, ich kann es nicht mehr heben." "Es gibt nichts anderes, Sie müssen das tun!" "Dann beschwere ich mich beim Betriebsrat!" "So! Sind Sie etwa schwanger? Nein? Dann machen Sie die Arbeit!" So hat er mich behandelt. Erst als ich die Hälfte - neunzig Stück - fertig hatte, bekam ich leichtere Arbeit.

Feierabend

Um 14.30 Uhr ist die Schicht vorbei. Endlich! Ganz schnell waschen, umziehen, nach Hause... Manchmal gehe ich noch ein, kaufe, gleich nach der Arbeit. Sonderangebote, auf die achte ich besonders. Wenn man Brot, Butter, Käse, Wurst und Tomaten kauft, dann sind schon wieder 20 DM ausgegeben.

Zu Hause mache ich mir zuerst einmal eine Tasse Tee und lege mich für eine halbe Stunde hin. Die Schichtarbeit macht mich ziemlich fertig. Seit ich angefangen habe, habe ich dunkle Ringe unter den Augen. Ein geselliges Leben ist fast unmöglich, nur am Wochenende. Bei Frühschicht muß ich schon um 22 Uhr ins Bett gehen, bei Spätschicht bin ich erst um 23.45 Uhr zu Hause. Jedes mal ist der ganze Abend kaputt. Den wöchentlichen Schichtwechsel verkräftet der ganze Körper nicht. Kein Wunder, daß viele Kollegen das Rentenalter gar nicht erreichen. Sie gehen schon vorher kaputt.

Nach einer halben Stunde stehe ich wieder auf. Das schmutzige Geschirr vom Frühstück muß noch abgespült werden, austräumen, staubsaugen, Fenster putzen oder sonstige Haushaltsarbeit steht an.

Erst danach kann ich etwas lesen... Zeitung oder eine Illustrierte, vielleicht auch ein Buch - Marx, Engels oder sonst was politisches. Wenn eine Versammlung ist, Jusos oder SPD, dann bereite ich mich ein bißchen vor. Meistens kann ich gar nicht bis zum Ende bleiben, weil die immer so lange rauchen. Deshalb gehen auch so wenige Arbeiter oder Lehrlinge hin, das ist kein Wunder. Mir stinkt das ziemlich. Solange die Jusos darauf keine Rücksicht nehmen, werden sie nie eine große Basis unter der Arbeiterjugend gewinnen.

So sieht ein durchschnittlicher Tag in meinem Leben - wenigstens solange die Bosse noch am Ruder sitzen. Aber ich bin überzeugt, daß wir es eines Tages schaffen werden, eine Arbeiterdemokratie zu erkämpfen, zu meinen Lebzeiten noch.

IG Metall Hagen

FRISCHER WIND

Ein Gastdelegierter berichtet uns von der jüngsten Konferenz des IG-Metall-Bezirks Hagen in Siegen:

Daß in letzter Zeit ein frischer Wind in die IG Metall weht, war nicht nur beim 12. ordentlichen Gewerkschaftstag in Düsseldorf im letzten September festzustellen gewesen. Das gestiegene Selbstbewußtsein der aktiven Mitglieder und kleinen ehrenamtlichen Funktionäre kam auch deutlich zum Ausdruck in der jüngsten Bezirkskonferenz des IG Metall-Bezirks Hagen in Siegen am 19. und 20. Mai.

In einem Referat über aktuelle Fragen ging der Kollege Werner Möricke auf den Zusammenhang zwischen Massenarbeitslosigkeit und sozialer Demontage ein. Die Krise wird eindeutig auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Während FORD 80,5 % Dividende ausschüttet, sind jetzt auch Angestellte von Arbeitsplatzverlusten dauerhaft betroffen. Die konservativen Kräfte versuchen jetzt, auch die Gewerkschaften in den Geruch der Verfassungsfeindlichkeit zu bringen, wie die Diskussion um die Aussperrung und die Mitbestimmungsklage zeigt. Die sozialen Auseinandersetzungen nehmen jedoch an Härte zu, und die Aktivierung von Angestellten ist günstiger geworden. Die Gewerkschaften müssen aber noch mehr verdeutlichen, daß auch die Angestellten im selben Gegensatz zum Kapital stehen wie die Arbeiter. Denn gerade in diesem Bereich werden von den Unternehmern die Rationalisierungen planmäßig erfaßt und durchgeführt.

VON 1971 BIS 1977 SIND INSGESAMT BEI REITS 8 MILLIONEN MENSCHEN MINDESTENS EINMAL ARBEITSLOS GEWESEN. WIR HABEN NICHT IN ZEITEN DES KONJUNKTURELLEN AUFSCHWUNGS HART GEARBEITET, UM ES IN DER REZESSION DAZU KOMMEN ZU LASSEN, DASS MAN UNS DIE WURST VOM BROT NIMMT.

In der Antragsberatung und Beschlussfassung wurden einige wichtige Fragen besprochen

und Tendenzen innerhalb der Gewerkschaft sichtbar. Die Verwaltungsstelle Lippstadt forderte die ersatzlose Streichung der (Leicht-)Lohngruppe 2 und die Aufhebung des bisherigen Lohnschlüssels gemäß auslaufendem Lohnrahmenabkommen NRW. Mit dem letzteren soll erreicht werden, daß in zukünftigen Tarifrunden festgeldforderungen im Vordergrund stehen statt des bisherigen Prozentforderungen. Zur Begründung wird festgestellt, daß die Spanne zwischen den Lohngruppen auf Dauer nicht mehr zu vertreten sei. Dieser Antrag wurde von der Konferenz angenommen.

Der Bezirksjugendausschuß bemängelte in einem Antrag, daß in der Großen Tarifkommission NRW bisher keine jungen Gewerkschafter aus dem Bezirk Hagen vertreten gewesen seien, obwohl es bei den Tarifrunden auch immer mit um die Ausbildungsvergütungen und den speziellen Manteltarifvertrag geht. Es wurde gefordert, zwei jüngere Gewerkschafter in die große Tarifkommission und einen Jugendlichen in die Verhandlungskommission mit reinzunehmen. Nach langer Diskussion wurde dieser Antrag gegen den Widerstand des Bezirksvorstandes und der Antragsberatungskommission mehrheitlich angenommen.

Bezugnehmend auf die letzte Tarifrunde wurde von der Verwaltungsstelle Velbert gefordert, daß die Bezirksleitung einen Entwurf zur Verdienstsicherung ausarbeite. Dieser Entwurf soll "so rechtzeitig erstellt werden, daß er noch mit der Mitgliedschaft diskutiert werden kann", hieß es darin klar und deutlich, nachdem sich viele Mitglieder in den vergangenen Tarifrunden immer wieder überfahren vorgekommen waren. Dieser Antrag wurde ebenso angenommen wie ein anderer aus Lippstadt, der sich grundsätzlich für einen gemeinsamen Wahlgang der Arbeiter- und Angestelltenbereiche bei Betriebsratswahlen aussprach, da eine Aufspaltung nur die Arbeitnehmer schwächen kann.



Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer, wie er bereits zur gesetzlichen Grundlage in Hamburg und Bremen geworden ist, forderte die Verwaltungsstelle Gevelsberg in einem Antrag (angenommen).

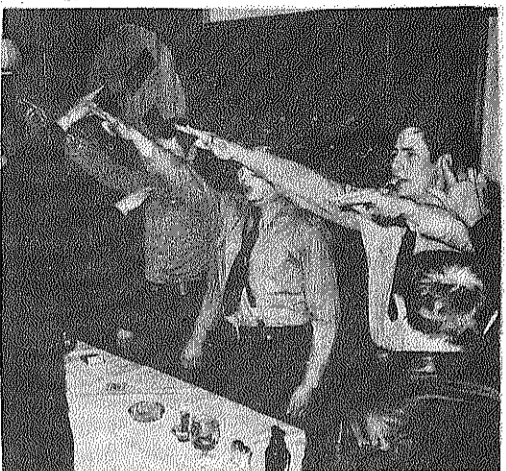
In einem Initiativantrag legte die Verwaltungsstelle Werddol den Finger auf eine wunde Stelle der gewerkschaftlichen "Bank für Gemeinwirtschaft". Deren Beteiligung an einer Anleihe für Argentinien wurde von den Werddol Kollegen zum Anlaß genommen, um auf der Grundlage gewerkschaftlicher Solidarität mit den vom Regime verfolgten aktiven Arbeitern Argentinien die Bank aufzufordern, ihre Geschäftspolitik im Bereich Lateinamerikas zu überprüfen. Die Antragskommission plädierte zwar für Ablehnung, weil die BfG sonst "ihren Einfluß in der Entwicklungspolitik verlieren" würde, aber das Selbstbewußtsein der Delegierten war stärker. Sie ließen sich nicht von solch zweifelhaften Rücksichtnahmen blenden und stimmten mit "ja".

Bei dieser Konferenz ist eines deutlich geworden: Gewerkschaftskongresse und Tagungen sind nicht mehr - wie früher - offizielle Pflichtübungen zur Bestätigung der Vorstände und abgehobenen Funktionäre. Es ist jetzt notwendig, daß die Gewerkschaft auf allen Ebenen voll und ganz demokratisiert wird und so zu einem echten Kampfinstrument im Interesse der Basis wird.

VORAN

Zerschlagt den Faschismus Fortsetzung von S.1

mit ihrem tiefsten Massenelend die Bedingungen für die Nazi-Demago - gen.
Auch heute bringt der Kapitalismus wieder dieselben Bedingungen hervor, welche die Nazis begünstigen. Sie können nur dann entscheidend besiegt werden, wenn das System gestürzt ist, das sie ausbrütet: der Kapitalismus!



Rechtsradikalen-Versammlung: „Den Staat mit allen Mitteln bekämpfen“

Noch sind die Faschisten relativ klein und unbedeutend. Ihre Aktionen sollten jedoch die gesamten Arbeiterorganisationen wachrütteln. Hitler selbst gab 1933 seinen Gegnern einen Rat, wie sie seinen Sieg hätten verhindern können:

„Nur eines hätte unsere Bewegung aufhalten können - wenn unsere Feinde ihre (der Bewegung, d. Verf.) Grundsätze verstanden hätten und vom ersten Tag an den Kern unserer Bewegung mit äußerster Brutalität zerschmettert hätten.“

Zwar besteht im Grundgesetz ein Artikel, der Nazi-Folgeorganisationen verbietet. Doch die neuesten Aktionen zeigen, daß sich die Arbeiterbewegung nicht auf papierne Gesetze verlassen kann - sondern nur auf ihre eigene Stärke!

In den letzten Monaten gab es schon anti-nazistische Demonstrationen, meist spontan, ohne daß DGB und SPD mit ihrer gesamten Autorität mobilisiert hätten. Selten waren von dieser Seite mehr zu hören als halbherzige Aufrufe und Stellungnahmen von oben. Dieses "Fingerschnippen" allein - zusammen mit den Aktivitäten der DKP, der VVN usw. - brachten schon Zehntausende auf die Straßen. Was wäre erst, wenn SPD und DGB ihre gesamte Kraft in die Waagschale werfen würden?

Alle SPD-, Juso- und DGB-Gliederungen sind aufgefordert, endlich eine Kampagne in die Wege zu leiten, welche die Gefahr des Faschismus offenlegt, seine Ursachen den Massen erklärt, der Widerstand organisiert und diesem Kampf eine sozialistische Perspektive gibt, welche allein den Faschismus ein für allemal in die Vergangenheit verbannen kann!

Rainer Jäger

FORTSETZUNG DGB Kongress fordert...

Seitdem wir in der Bundesrepublik wieder Massenarbeitslosigkeit haben, sind immer mehr Kollegen zu ein- und derselben Schlußfolgerung gekommen:

Ein "Recht auf Arbeit" kann noch so sehr gesetzlich in tausend Verfassungen verankert sein - Wirklichkeit kann es erst dann werden wenn die Entscheidungsgewalt über die gesamte Wirtschaft nicht mehr in den Händen weniger Familien, Großaktionäre, Konzernherren und Bankiers liegt, sondern einzig und allein diejenigen das Sagen haben, die den ganzen Wohlstand mit ihrer Arbeit produzieren. Der Antrag 219 hat diesen zentralen Gedanken auch aufgegriffen und in der Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen und gesamtgewerkschaftlicher Rahmenplanung zum Ausdruck gebracht.

Die Delegierten unterstützten mit Dreiviertelmehrheit auch diese Forderung.

Das Nachdenken über grundsätzliche Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist offensichtlich nicht nur unter den aktiven Kollegen im Betrieb festzustellen, sondern hatte sich bereits in einem derartigen Beschluß auf höchster Ebene niederschlagen.

Doch dann kam es ganz anders. 18 Stunden später nahm der Kongress mit großer Mehrheit wieder eben diesen Beschluß zur Vergesellschaftung und Rahmenplanung zurück!

Die bürgerliche Presse sprach von "Pannen", "Regiefehlern" und "Betriebsunfall". Über Nacht war scheinbar ein totaler Sinnes-

wandel eingetreten. Die Vorsitzenden der 17 Einzelgewerkschaften trommelten hastig ihre Delegationen zusammen, um sie in nächtlichen Klausursitzungen umzustimmen.

Dies hat offensichtlich geklappt. Es gab ein Begräbnis erster Klasse. Das Kapital konnte noch einmal aufatmen.

Der vermeintliche Hamburger "Betriebsunfall" hat viele Fragen aufgeworfen und im Mund zahlreicher aktiver Gewerkschafter einen sauren Nachgeschmack hinterlassen. Wie konnte es passieren, daß das höchste Organ der mächtigen deutschen Gewerkschaftsbewegung zuerst einen derartigen Beschluß von höchster Bedeutung faßt und ihn dann wieder - aus Angst vor der eigenen Courage - zurücknimmt?

Schließlich enthalten doch viele Gewerkschaftssatzungen einschließlich DGB-Grundsatzprogramm von 1963 die Zielsetzung der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.

In vielen Betrieben wird auch stark kritisiert, daß nur die höchsten Spitzenfunktionäre ihrer Einzelgewerkschaft die Chance haben, Delegierte zu werden, und daß drei Viertel aller Delegierten hauptamtliche Funktionäre waren...

Eines ist sicher: Auch noch so viele formale Einwände und Regisseure werden nicht verhindern können, daß immer mehr Kollegen zu der Erkenntnis gelangen, daß eben das Recht auf Arbeit und die 35-Stunden-Woche erst dann voll zu verwirklichen sind, wenn die Großkonzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden.

BETRIEBSRATSWAHLEN

WAHLBETRUG BEI DAIMLER-BENZ?

Ursula Beck
Stuttgart

Um der IG-Metall genügend Stimmen zu verschaffen, hat bei den Betriebsratswahlen im Werk Untertürkheim von Daimler-Benz irgendjemand offensichtlich stapelweise zusammenhängende Wahlumschläge in die Urnen gelegt, deren Stimmzettel alle gleich aussehende Kreuze für die IG-Metall (mit dem gleichen Kugelschreiber) aufwies. Das jedenfalls wollen Vertreter einer Wahlliste linker Gewerkschafter unter Aufbietung zahlreicher Zeugen vor dem Arbeitsgericht nachweisen, um die Wahl anfechten und wiederholen lassen zu können.

Schon im Jahr 1972 war die Liste entstanden, weil die Bemühungen einiger langjähriger Gewerkschafter gescheitert waren, ihrer Ansicht nach "undemokratische Aufstellung" der offiziellen Gewerkschaftsliste durch eine Persönlichkeitswahl (alle Kandidaten auf einer einzigen Liste) zu ersetzen. Auf Anhieb errangen sie damals 3000 Stimmen. Trotz zahlreicher Proteste von der Basis wurden damals jedoch die Spitzenkandidaten dieser Liste, Willi Hass, Hermann Mühl-eisen und Mario d' Andrea aus der IG-Metall ausgeschlossen.

Ob sich die "Rebellen" (so die bürgerliche Presse) in den folgenden Jahren ihrer

Betriebsarbeit "gewerkschaftsschädigend" verhielten, mag man am besten aus dem Wahl-ergebnis von 1975 ersehen werden: Sie erhielten fünf Sitze! Offensichtlich wurde für 1978 seitens gewisser Kreise ein weiteres Anwachsen der "Radikalinskis", so die Unternehmensebene, befürchtet, was man durch manipulierte Stimmzettel zu verhindern suchte. Trotzdem könnte die Liste dieses Jahr 9 Sitze im Betriebsrat belegen - nur: sie hatte bloß 8 Kandidaten!

Der Wahlvorstand hat inzwischen einstimmig jeden Verdacht von Manipulation bei der Wahl zurückgewiesen. Die Oppositionellen sind allerdings darin nicht vertreten. Leider wird sich nun ein bürgerliches Gericht mit der Klärung des Falles befassen. Eigentlich sollte die Arbeiterbewegung in der Lage sein solche Vorfälle selbstständig aufzuklären. Deshalb müssen wir fragen: Weshalb untersucht die IG-Metall nicht offiziell die Vorwürfe? Weshalb begibt sie sich in die Gefahr, mit Vorwürfen belegt zu werden, sie "vertusche" diesen schändlichen Betrug? Wer hat ein Interesse daran - außer der Unternehmensleitung - kritischen und kämpferischen Gewerkschaftern ein Zuwachs an Betriebsratssitzen zu verwehren?

WARNSCHUB FÜR DGB

Einen Schuß vor den Bug hat der DGB bei den von März bis Mai durchgeführten Betriebsratswahlen erhalten. Obwohl sich noch kein Gesamtbild aufzeichnen läßt, scheint eines sicher zu sein: In vielen Betrieben mußten die offiziellen Listen der DGB-Gewerkschaften erhebliche Verluste hinnehmen.

Weil in einigen Fällen vor allem jüngeren, kritischeren und kämpferischen Kollegen allerhöchstens aussichtslose Plätze auf den Listen angeboten wurden, während alt-eingesessene Funktionäre sich mit aller Macht an ihren Posten festklammerten, sahen sich innergewerkschaftliche Oppositionsströmungen gezwungen, auf eigenen Listen zu kandidieren. Jetzt hat die Gewerkschaftsspitze gegen sie eine Welle von Ausschlußverfahren in Gang gesetzt. Begründung: "Gewerkschaftsschädigendes Verhalten"! Anders wissen sich die in ihrer Ruhe gestörten Funktionäre wohl nicht zu helfen. Wenn die Oppositionslisten wirklich "gewerkschaftsschädlich" gehandelt hätten, warum haben sie dann das Vertrauen von so vielen Kollegen erhalten, daß sie teilweise sogar die Mehrheit im Betriebsrat eroberten?

Selbst die bewußt spalt erischen Listen der KPD/ML, die als Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) auftraten, konnten zum Teil erhebliche Mengen an Proteststimmen auf sich vereinigen. Sie ist vertreten in den Betriebsräten des BASF-Chemiekonzerns, der Howaldt-Werke (Kiel) und der Berliner Niederlassungen von Daimler-Benz, Siemens und Bosch. Bei Hoesch in Dortmund erhielt sie sogar 34 % aller Stimmen!

Nicht nur linke Listen erhielten Zu-wachs. Bei den Continentalwerken in Hannover-Stöcken erreichte eine von den CDU-Sozialausschüssen (CDA) gebildete Liste 35 %. Offensichtlich war der alte Betriebsrat so lasch gewesen, daß die "Christdemokraten" diesem im Wahlkampf demagogischerweise

vorwerfen konnten, die Interessen der Belegschaft nicht nachdrücklich genug vertreten zu haben.

Die Wahlergebnisse zeigen eine wachsende Unzufriedenheit der einfachen Gewerkschaftsmitglieder. Oft aus Protest gegen die



frühere Betriebsratspolitik und weil ihr Vertrauen in den offiziellen DGB-Apparat geschwunden ist, haben sie gewählt, was sich als auch nur etwas glaubwürdige Alternative darstellte. Aus Mangel an anderen Alternativen konnte dies - wie im Beispiel Continental - sogar die CDA sein. Für die Gewerkschaftsführung sollte dies ein Warnsignal sein.

Sozialisten können optimistisch sein: Die Anzeichen mehren sich, daß aus den Betrieben ein frischer Wind in die Gewerkschaften weht, der sie aus ihrem langen Nachkriegsschlaf wecken und zu dem machen wird, was sie sein sollen: kämpferische Waffen im Klasseninteresse aller Arbeiter und Angestellten!

(Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe von VORAN eine ausführliche Rückschau auf die letzten Monate aus der Sicht eines Gewerkschafters veröffentlichen zu können. Streikbewegungen, Betriebsratswahlen und innergewerkschaftliche Vorgänge sollen im Vordergrund stehen.)

Landtag NRW:

DIÄTENSKANDAL

Greg Powell

Die gleichen Landtagsabgeordneten, die den Zusammenbruch der Wirtschaft predigen, wenn die Arbeiter für Löhne über 8% streiken, die sich dann doch mit Lohnerhöhungen von 5 bis 6 Prozent zufriedengeben müssen, wollen sich nun wie folgt auf schamloseste Art und Weise ihre Diäten erhöhen.

- Die Grunddiät soll von 2800 DM (steuerfrei) auf 6750 Mark erhöht werden, die dann allerdings versteuert werden muß. So bleiben für einen verheirateten Abgeordneten mit 2 Kindern immer noch 2000 DM mehr im Monat.

- Die steuerfreie Aufwandsentschädigung soll auf monatlich 3800 DM steigen. Das sind zwischen 640 und 1490 DM mehr als bisher.

- Bereits nach sechs Jahren Abgeordnetentätigkeit soll eine Pension in Höhe von monatlich 1721,25 DM gezahlt werden.

Nach 15 Jahren erhöht sich der Anspruch bis auf monatlich 5062,50 Mark. Dafür brauchen keine Beiträge geleistet werden.

Welcher Arbeiter und welcher Angestellte erhält nach 40 Jahren harter Arbeit eine Rente von 5.000 DM? Welche Belegschaft eines Großbetriebes muß für 5% Lohnerhöhung nicht erst drei Wochen streiken, sondern kann sich durch eine einfache Abstimmung selbst die Löhne verdoppeln? Alle SPD-Gliederungen sind aufgerufen, ihren schärfsten Protest gegen die Selbstbedienung unserer "Volks"-Vertreter einzulegen. Kein SPD-Abgeordneter darf der Erhöhung zustimmen!

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H. G. Orfinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____
Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75